

Der Batterie- huhn-Effekt



Christoph Spiess,
Gemeinderat,
2. Zentral-
vizepräsident,
Zürich

Jahr für Jahr nimmt die Einwohnerzahl der Schweiz wegen der Masseneinwanderung um 70'000 bis 100'000 Personen zu. Das entspricht einer grösseren Stadt wie Winterthur oder St. Gallen. Mit der EU-Personenfreizügigkeit haben wir die Möglichkeit, die Zuwanderung vernünftig zu steuern, aus der Hand gegeben. Hinzu kommt das Asylunwesen, welches uns zusätzlich einen Zustrom von nicht assimilierbaren Einwanderern beschert. So schreitet die Verbetonierung der Landschaft unaufhaltsam fort.

Grössenwahn

Noch immer herrscht bei den meisten Politikern der Irrglaube, mehr Bevölkerung bedeute mehr Wohlstand. Der Zürcher Stadtrat

will in den nächsten Jahren einen Zuwachs von 390'000 auf 450'000 Einwohner und der Gemeinderat von «Bünzlikofen» glaubt, es gehe seinem Dorf mit 3000 Menschen besser als mit 1500.

Sie alle vergessen, dass die Zuwanderer nicht nur Steuern bezahlen, sondern auch einen enormen und teuren Ausbau der staatlichen Infrastruktur (Schulen, Strassen, Tram und Bus etc.) nötig machen. Am Schluss ist das Ganze finanziell im besten Fall ein Nullsummenspiel.

Der Kuchen wird grösser, aber es gibt auch mehr Esser. Am Tisch sitzen allerdings ein paar wenige Profiteure, die den halben Kuchen für sich selbst beanspruchen: **Baumeister, Architekten, Bodenspekulanten... ihnen nützt die Masseneinwanderung.** So wird ihr Kuchenstück immer grösser. Sie haben leider grossen politischen Einfluss, und darum geht es immer so weiter und wird es für uns Normalbürger immer enger im Land.

Zeichen des Erwachens

Die Annahme der Zweitwohnungsinitiative von Franz Weber und der Landschaftsinitiative im Kanton



Mehr Bauland zur Verfügung stellen oder verdichtet bauen? Die wahre Lösung – Einwanderung reduzieren! So lässt sich beides vermeiden. Hochhaussiedlung in Bern-Bethlehem. Lebensqualität sieht anders aus.

Zürich zeigt, dass die Bürger/-innen langsam erwachen und merken, dass es so nicht weitergehen kann. Noch besteht also die Hoffnung, dass wenigstens das Schlimmste abgewendet werden kann, eine Schweiz mit 20 Millionen Menschen, eine Megastadt von

Rorschach bis Genf. **Die Politiker reagieren darauf mit der Forderung nach «verdichtetem Bauen». Doch das ist eine Scheinlösung.**

Fortsetzung Seite 2

Spende zum Nationalfeiertag

Lieber Leserin, lieber Leser

Geld regiert die Welt. Wir haben aber dieses Geld nicht eben auf einem grossen Haufen. Deshalb legen wir dieser Zeitungsausgabe einen Einzahlungsschein bei. Um unsere Arbeit fortzuführen, sind wir auf Ihre Unterstützung angewiesen. Alle Spenden ob gross oder klein sind uns willkommen und helfen mit, dass wir unsere Partei finanzieren und damit für die Erhaltung von Volk und Heimat weiterkämpfen können. Wir danken Ihnen für Ihre grosszügige Unterstützung.

Rudolf Keller, e. Nationalrat, SD-Zentralpräsident
Dr. Michel Dupont, SD-Zentralvizepräsident
Christoph Spiess, Gemeinderat, SD-Zentralvizepräsident
Adrian Pulver, SD-Zentralsekretär

Inhalt

- 2 Bundesrat Burkhalter kapituliert in Chicago an der Nato-Tagung vor den USA!
- 3 Volksinitiative: «Für eine Wirtschaft zum Nutzen Aller»
- 4 Leben und Umwelt
- 6 Das Nobelpreiskomitee hat sich selbst disqualifiziert!
- 8 1.-August-Feier 2012
- 9 Aus den Kantonen
- 11 ??? Fragezeichen überall ???
- 15 Leserbrief

Der Batterieuhren-Effekt*Fortsetzung von Seite 1*

Natürlich kann man die zu vielen Menschen in Hochhäusern «stapeln». Doch der Druck auf die Erholungsgebiete, die Überlastung der Verkehrsnetze und das Gedränge überall und zu jeder Zeit verschwindet damit nicht.

Man will uns weismachen, dass die Masseneinwanderung sozusagen ein Naturereignis ist, das wie ein Gewitter einfach unabwendbar über uns hereinbricht. Das stimmt nicht! Die Personenfreizügigkeit zum Beispiel ist keine göttliche Fügung, sondern schlicht und einfach das Werk von Managern und Politikern. In der Demokratie haben wir es (noch) in der Hand, diese rechtzeitig von den Schalthe-

beln der Macht zu entfernen. Man redet uns auch ein, dass die Masseneinwanderung «Wachstum» erzeuge. Hat es aber wirklich einen Sinn, Wohnungen und Arbeitsplätze für Menschen zu bauen, die gar nicht hier sind, sondern erst noch ins Land geholt werden müssen? Ist es beispielsweise für normale Zürcherinnen und Zürcher vorteilhaft, wenn der Zuwanderungsdruck dafür sorgt, dass das Wohnen immer teurer wird und die Einheimischen aus der eigenen Stadt verdrängt werden?

Zu enges Zusammenleben macht aggressiv

Bezüglich der Tierwelt haben die Politiker dies begriffen und zum Beispiel die Batteriehaltung von Hühnern verboten. Diese reissen sich gegenseitig die Federn aus und hacken einander kaputt, weil es allen zu eng ist. Auch uns Men-

schon macht zuviel Dichte aggressiv. Dass Schlägereien und Messerstechereien immer häufiger werden, ist kein Zufall. Dass die psychiatrischen Anstalten überfüllt sind, gewiss auch nicht...

Wo sollen die Kartoffeln wachsen?

Die noch vorhandenen Landwirtschaftsflächen der Schweiz reichen langfristig vielleicht aus, um 4 bis 5 Millionen Menschen zu ernähren. Das ist optimistisch gerechnet, denn auch Dünger und Futtermittel werden heute zum grössten Teil importiert.

Wir sind aber schon bald 8 Millionen! Die fehlenden Nahrungsmittel müssen aus dem Ausland eingeführt werden. Doch dazu ist, wenn dereinst das Erdöl ausgeht (und das wird früher oder später gesche-

hen), nur schon die Energie nicht mehr verfügbar. Hinzu kommt, dass die Länder, welche heute noch Nahrungsmittel exportieren, selber überbevölkert sind und in Zukunft zuerst für die eigenen Bürger sorgen werden. Dann haben wir in der Schweiz mehr Hunger als die Somalier heute.

Die Verdichtung muss gestoppt werden!

Wir alle wollen nicht Handlanger einer profitgierigen Managerkaste sein, die vom ewigen Wachstum träumt, und erst recht keine Batterieuhren. Stoppen wir also mit politischem Einsatz den Wachstumswahn! Es liegt an uns Schweizer Demokraten, bei unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern noch rechtzeitig die Erkenntnis herbeizuführen: **Mehr Bevölkerung bringt nicht mehr Wohlstand, sondern nur weniger Wohlbefinden.**

Bundesrat Burkhalter kapituliert in Chicago an der Nato-Tagung vor den USA!

Im November 1996 ist die Schweiz dem Nato-Programm «Partnership for Peace» (PfP, Partnerschaft für den Frieden) beigetreten. Von Beginn an haben die USA und die Nato dieses Programm für die Mitglieder als Vorstufe zum Nato-Beitritt und damit als Teil der Nato beurteilt. Die Mitglieder des PfP sollten grundsätzlich die gleichen Pflichten wie die Nato-Staaten erfüllen!

Obwohl die Mitgliedschaft in diesem unter der Führung der USA stehenden Militärbündnis ein Verlust der Souveränität eines Staates bedeutet, ist dieses Abkommen, trotz seiner Bedeutung als Staatsvertrag, nie einer Volksabstimmung unterbreitet worden.

Bundesrat, Parlament und Verwaltung haben sich betreffend der Einschränkung der Souveränität der Schweiz durch diesen Staatsvertrag regelrecht durchgemogelt. Als Hauptverantwortlicher für diese Mogelei kann der damalige Chef des VBS, Bundesrat Adolf Ogi, bezeichnet werden.

Die PfP-Mitglieder werden wie die anderen Mitgliedstaaten der Nato zu den jeweiligen Tagungen des Militärbündnisses eingeladen. Dieses Jahr fand die Tagung in Chicago vom 20. bis 21. Mai statt. Das Hauptthema der Zusammenkunft



Die Nato – wichtiges Instrument der imperialistischen US-Politik.

der Regierungschefs war die Bewältigung der Lage in Afghanistan nach dem Abzug der Nato 2014. Insbesondere die Frage nach der zukünftigen Finanzierung der beinahe 300'000 Soldaten und Polizisten der afghanischen Sicherheits-

kräfte stand im Zentrum der Tagung. Da die USA selbst pleite sind, ist es für die Obama-Administration evident, dass andere Staaten, so auch die PfP-Mitglieder, dafür aufkommen sollen. Leider hat sich Bundesrat Burkhalter von seinen

Beratern zur Teilnahme an der Tagung verleiten lassen. Das Ergebnis war, dass er dem massiven politischen Druck der amerikanischen Aussenministerin Hillary Clinton, die von der Schweiz die Leistung eines erheblichen Beitrages an die afghanischen Sicherheitskräfte forderte, ausgesetzt wurde. Gegenüber dieser Forderung der USA ist Bundesrat Burkhalter teilweise eingeknickt und hat sich mit den Amerikanern auf einen Kompromiss geeinigt. Die Schweiz wird die afghanischen Sicherheitskräfte wohl nicht direkt finanzieren, aber 1 Million SFr jährlich in einen Fonds zugunsten dieser Sicherheitskräfte einzahlen. Damit wird aber das Wesen der Neutralität der Schweiz in diesem seit 2001 tobenden Bürgerkrieg in Afghanistan verletzt.

Des Weiteren hat sich Burkhalter in Chicago gegenüber den USA und der Nato verpflichtet, das Budget für die Entwicklungshilfe der Schweiz zugunsten von Afghanistan von 18 auf 24 Mio. SFr pro Jahr zu erhöhen.

Wieder einmal hat ein Schweizer Magistrat seinen bei der Vereidigung geleisteten Eid auf unsere Verfassung nicht eingehalten!

Andreas Stahel, Präsident
SD Kanton Zürich, Wädenswil

Volksinitiative: «Für eine Wirtschaft zum Nutzen Aller»

Die Schweizer Demokraten (SD) haben in ihrer Politik den Haupt- schwerpunkt bei der Bevölke- rungsfrage und beim Migrations- problem. Das Motto heisst: Natio- nal, umweltbewusst, sozial. Das al- les ist auch richtig so und wird auch im Wesentlichen so bleiben (siehe unsere Volksinitiative: «Für eine Stabilisierung der Gesamtbe- völkerung»).

Ich stellte erfreut fest, dass wir Schweizer Demokraten, wenn ich unsere Abstimmungsparolen im Wirtschaftsbereich anschau, eine gute, nachhaltige und zukunftsge- richtete Wirtschaftspolitik betrei- ben; **vermutlich sind wir die einzi- ge, wirklich antiglobalistische Par- tei in unserem Lande** (alle links- grünen «WEF-Kritiker» sind es nämlich nicht, da sie einfach eine «andere Globalisierung» wollen, ohne sich dabei einig zu sein. Diese widersprüchliche Verwirrung

nützt vor allem den neoliberalen Globalisten, wie die Geschichte es bisher gezeigt hat). Da im Laufe der Zeit (80er-Jahre mit **Neoliberalismus** und 90er-Jahre mit Mauer- fall und **Globalismus/WTO** und dem ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends: 9/11 und Finanzkri- se 2007/08) die meisten Menschen die drückenden Nachteile dieser beiden Ideologien zu spüren bekam- en, aber sich noch nicht richtig traute- n, nach einer echten antiglo- balistischen Alternative Ausschau zu halten, die diesen Namen auch wirklich verdient, ist es an der Zeit, von Seiten der SD die Vision einer national und dezentral orientier- ten Wirtschaftspolitik darzulegen! **Ich denke hier unter anderem auch an eine grundlegend neue Boden- und Geldreform**, so wie ich dies in meinem Artikel in der SD- Zeitung Nr. 7/8 2009 unter dem Ti- tel: «Neue Wege aus der Finanzkri- se» formuliert habe. **Insbesondere eine Vollgeldreform, wie sie Josef Huber in seinem Buch: «Geld- schöpfung in öffentlicher Hand» darlegte, wäre dringend von Nö- ten, wenn wir nicht unreflektiert immer wieder diesen 80-jährigen Kontradiefzyklus mitmachen wol- len, der jedes Mal im Wirtschafts- zusammenbruch, in der Hyperinfla- tion und im Krieg endete.** Da seit dem Mauerfall 1989 und den WTO-Verträgen 1994 die Globali- sierung die Welt überzog und sie sozial und umweltpolitisch tiefer



Stärken wir die einheimische Volkswirtschaft mit der Aufhebung des Cassis-de-Dijon-Prinzips. Was nützt eine höhere Produktauswahl, wenn gleichzeitig die schweizerischen Anbieter aus dem Markt verdrängt werden.

in den Schlamassel ritt (siehe Fi- nanzkrise 2007/08), ist es dringend an der Zeit zu erkennen, dass die- ser Globalismus gescheitert ist (wie der Kommunismus 1989 auch!). Dazu gehört unbedingt, sich ernsthaft über Alternativen Gedanken zu machen!

Hier hat ein Genfer Weinbauer na- mens Willy Cretegy hervorragende Vorarbeit geleistet. **Erstens erkannte dieser, dass das in der EU vorherrschende «Cassis-de-Dijon-Prinzip» ein grosser Fehler und Killer einer nachhaltigen, klein- bäuerlichen Landwirtschaftspoli- tik ist**, wobei er sofort das Referen- dum gegen das von Bundesrätin Leuthard gepuschte «Gesetz» 2009 verabschiedete. Leider kamen die nötigen 50'000 Unterschriften nicht zu Stande. Und zweitens lancierte dieser glei- che Winzer nach längerer, ausge- reifter Reflexion im November 2011 eine gut durchdachte und ausgeklügelte Volksinitiative, die genau das will, was auch wir Schweizer Demokraten schon im- mer wollten:

Die SD steht ein für eine nation- al orientierte, dezentral aus- gerichtete Wirtschaftspolitik, wo der Nationalstaat, die Nach- haltigkeit und einer auf weni- gen Transporten orientierten Wirtschaft zum Durchbruch verholfen wird.

Auch Begriffe wie: «Zölle» und «Protektionismus», die von den globalen Eliten und den in ihren Händen konzentrierten Medien zum Schimpfwort degradiert wur- den (zu Unrecht!), kommen wieder zu Ehren.

Der Titel dieser Initiative lautet: «Für eine Wirtschaft zum Nutzen Aller.» Auf der Webseite <http://www.economie-utile-a-tous.ch/index.php?langue=de> können so- wohl die Argumente als auch die Unterschriftenbogen heruntergela- den und ausgedruckt werden. **Darum rufe ich alle Parteimitglie- der, Leser und Sympathisanten auf, diese Initiative zu unterstüt- zen und Unterschriften zu sam- meln.**

Walter Wobmann, Vizepräsident SD Kanton Zürich, Zürich

WEITERGEBEN Eidgenössische Volksinitiative «Für eine Wirtschaft zum Nutzen aller»

Im Bundesblatt veröffentlicht am: 1. November 2011
Die unterzeichneten stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Bürger stellen hiermit, gestützt auf Art. 34, 136, 139 und 194 der Bundes- verfassung und nach dem Bundesgesetz vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte, Art. 68ff, folgendes Begehren:

I Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 94 Abs. 1 und 4
1 Bund und Kantone setzen sich ein für eine Wirtschaftsordnung, die Rücksicht nimmt auf die Umwelt und auf die lokalen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturen.
2 Aufgehoben
Art. 96 Wettbewerbspolitik
1 Der Bund erlässt Vorschriften gegen unläuteren Wettbewerb und gegen Dumping.
2 Er erlässt Vorschriften zum Schutz der Inlandproduktion; insbesondere:
a. reguliert er den Markt über Zölle auf eingeführten Waren;
b. reguliert er den Markt über Einfuhrkontingente;
c. schreibt er vor, dass die eingeführten Waren Anforderungen im Sozial- und Umweltbereich und an die Produktionsformen genügen müssen, die den schweizerischen Anforderungen entsprechen.
3 Er trifft Massnahmen:
a. zur Verhinderung von Missbräuchen in der Preisbildung durch marktunabhängige Unternehmen und Organisationen des privaten oder des öffentlichen Rechts;
b. zur Bekämpfung schädlicher gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Auswirkungen des preisdrückenden Wettbewerbs.
Art. 100 Abs. 3
1 Aufgehoben
Art. 101 Abs. 2
1 Er kann Massnahmen treffen zum Schutz der inländischen Wirtschaft.
Art. 102 Abs. 2
1 Aufgehoben
Art. 103 zweiter Satz Aufgehoben
Art. 104 Abs. 2
1 Ergänzend zur zumutbaren Selbsthilfe der Landwirtschaft fördert der Bund die bodenbewirtschaftenden bäuerlichen Betriebe.

II Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt ergänzt:
Art. 197 Ziff. 9 (neu)
9. Übergangsbestimmung zu den Artikeln 94 Abs. 1 und 4, 96 (Wettbewerbspolitik), 100 Abs. 3, 101 Abs. 2, 102 Abs. 2, 103 zweiter Satz und 104 Abs. 2
Nach Annahme von Artikel 96 Absatz 3 durch Volk und Stände darf, bis die entsprechende Ausführungsgesetzgebung in Kraft getreten ist, kein Freihandelsabkommen in Kraft treten, ratifiziert oder unterzeichnet werden.

SCHÜTZEN - ENTWICKELN

Auf dieser Liste können nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind. Bürgerinnen und Bürger, die das Begehren unterstützen, mögen es handschriftlich unterzeichnen. Wer bei einer Unterschriftensammlung besticht oder sich bestechen lässt oder wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für eine Volksinitiative fälscht, macht sich strafbar nach Art. 281 beziehungsweise nach Art. 282 des Strafgesetzbuches.

Kanton	Postleitzahl	Politische Gemeinde	Eigenhändige Unterschrift	Kontrolle (für lassen)
Name (handschriftlich und möglichst in Blockschrift)	Vorname	Genaues Geburtsdatum (Tag/Monat/Jahr)	Wohnadresse (Strasse und Hausnummer)	
1				
2				
3				
4				
5				
6				

Ablauf der Sammelfrist: 1. Mai 2013
Die unterzeichnete Amtsperson bescheinigt hiermit, dass obenstehende (Anzahl) Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Volksinitiative in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben. Die zur Bescheinigung zuständige Amtsperson (eigenhändige Unterschrift und amtliche Eigenschaft):

Amtsstempel: Amtliche Eigenschaft:

Datum: Ort: Unterschrift:

Das Initiativkomitee, bestehend aus nachstehenden Urheberinnen und Urhebern, ist berechtigt, diese Volksinitiative mit absoluter Mehrheit seiner stimmberechtigten Mitglieder zurückzuziehen: CHAPUIS SARAH, rue Chandieu 1, 1202 Genève – CHAPUIS PIERRE-LOUIS, rte de St-Julien 98, 1228 Plan-les-Ouates – CRETEGY CAMILLE, rte du Mandement 101, 1242 Satigny – CRETEGY WILLY, rte du Mandement 101, 1242 Satigny – VUAGNAT BERNARD, rte de la Donzelle 8, 1283 Dardagny – BENE CEDRIC, rue Chandieu 1, 1202 Genève – PETERSON IVAR, Quai Charles-Page 49, 1205 Genève – ROULIN DORIS, chemin de la Montagne 74, 1224 Chêne-Bougeries – BERGUER FRANCOISE, Rampe de Chouilly 35, 1242 Satigny – SJOLLEMA-MARQUET ANNE-MARIE, rue des Rois 19, 1204 Genève

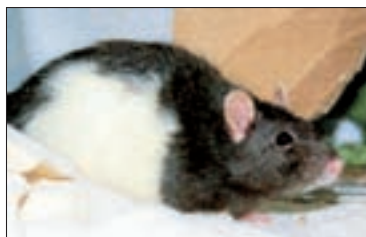
Weitere Unterschriftenlisten können bestellt werden bei: La Vrille, Postfach 171, 1242 Satigny, www.economie-utile-a-tous.ch

145'000 Neueinwanderer = mehr Spitäler, mehr Schulen, mehr verstopfte Strassen, Stehen im Bus und Tram, Zubetonierung unserer Heimat: Übervölkerung total – wir Schweizer Demokraten kämpfen dagegen!



Ausgesetzt

In der gleichen Woche wurden an zwei verschiedenen Orten in der Ostschweiz zwei Katzen und eine zahme Ratte ausgesetzt. Sie wären elend verhungert, wenn sie nicht rechtzeitig gefunden und in Tierheime gebracht worden wären. In beiden Fällen wurde Strafanzeige gegen Unbekannt erstattet, obwohl die Täter in solchen Fällen kaum je gefunden werden. Denn Menschen, welche Tiere aussetzen und so ihrem Schicksal überlassen, sind Feiglinge, die ihre Tat unerkannt begehen. Für die Ratte konnte bereits ein Platz gefunden werden wo



sie artgerecht leben kann. Die beiden Katzen haben sich von ihrem «Abenteurer» gut erholt und warten nun ebenfalls auf einen guten Platz bei einer tierfreundlichen Familie.

(Aus: Schweizer Tierschutz)

Anderswo gelesen

Machbares und Sinnvolles von Fantastereien trennen

Das Halleluja auf die flächendeckende Zubetonierung der wertvollsten Wiese der Schweiz, wie der Flugplatz oft despektierlich bezeichnet wird, steht im Widerspruch zur Bewahrung unserer ständig schrumpfenden Landreserven.

Statt Denkmodelle zu entwickeln, wie die masslose Zuwanderung in geordnete Bahnen gelenkt werden könnte, um damit dem stetig steigenden Bedarf nach immer mehr Wohnraum Einhalt zu gebieten, wird dem lieben Geld zuliebe das Gegenteil gepredigt.

Oder sei es wie im Fall des Flugplatzes Dübendorf, um den Preis der letzten strategischen Landreserve des Kantons Zürich und des letzten östlich der Reuss gelegenen Stützpunktes unserer Luftwaffe. Immerhin ist sie es, die im Katastrophenfall mit ihren Transportmitteln die Gebiete in der Nord-

und Ostschweiz schnell und effizient zu versorgen hat.

Man halte sich einmal die von Avenir Suisse propagierte Idee einer gigantischen «Betonwüste» mit 15 000 Wohnungen für rund 30 000 Menschen auf der aktuellen Magerwiese vor Augen. (...)

Oder wie mögen wohl die Augen der gestressten Pendler leuchten, die schon heute das Brüttiseller Autobahnkreuz im Schrittempo durchqueren, wenn sich dereinst weitere zigtausend Menschen in denselben Verkehrsstrom ergiessen. Zweifellos wird man dann abermals das «Heil» im Ausbau der Verkehrsinfrastruktur suchen, um danach feststellen zu müssen, nur hilflose und teure Symptombekämpfung betrieben zu haben.

Peter Bosshard, Präsident des Forums Dübendorf in: Allg. Schweiz. Militärzeitschrift

Keine weitere Ausschüttung von Bauland!

Anderswo gelesen

Ein Dämon, der Böses tut

Ciudad Juárez, offiziell eineinhalb Millionen Einwohner, an der Grenze zum US-Bundesstaat Texas gelegen, ist mehr als eine Stadt, es ist ein Symbol. Fragt sich nur, wofür. **Den einen ist Ciudad Juárez Beweis für das Scheitern der Globalisierung**, ein Ort, an dem der ausbeuterische Irrwitz des Kapitalismus, die strukturelle Gewalt des Systems, die Gier der US-Amerikaner nach Kokain und überhaupt die Arroganz der Ersten gegenüber

der Dritten Welt wie nirgendwo sonst umschlägt in konkrete Gewalt: Drogenmorde und Massaker an Unbeteiligten, die gefolterten, vergewaltigten, zur Wegwerfware degradierten Körper junger Frauen, die in der Wüste verendeten Migranten. Andere sehen Ciudad Juárez als Stadt, in der sich ein Dämon niedergelassen hat, um Böses zu tun, aus einer Laune heraus, um seiner selbst willen.

TA vom 5. Juni 2012

Zu viele Menschen auf engem Raum!



Um unseren Lebensstandard zu halten, verbrauchen wir in der Schweiz Ressourcen, welche, gemessen am ökologischen Fussabdruck, rund der vierfachen Grösse unseres Landes entsprechen. Die weiter wachsende Bevölkerungszahl verursacht zunehmende Zersiedelung, steigenden Verkehr, erhöhte Mieten und eine weitere Zerstörung natürlicher Lebensräume. Diese Entwicklung ist weitgehend irreversibel: Schon jetzt hinterlassen wir unseren Nachkommen ein zunehmend zersiedeltes, verbetoniertes Mittelland. Aber auch die Erholungsräume der Alpen sind stark unter Druck, fast ausschliesslich verursacht durch die weiterhin sehr hohe Zuwanderung.

Durch die massiv steigende Bevölkerungszahl, aber teilweise auch durch zusätzlichen Konsum und Ressourcenverbrauch wird unsere Umweltbilanz Jahr für Jahr schlechter. Die Autoindustrie meldete im Frühjahr rekordhohe Absatzzahlen mit einer Steigerung von 8.3%. Auch hier werden die

zusätzlichen rund 80'000 Personen ihren Beitrag geleistet haben. Es ist jetzt schon absehbar, dass die vom Bundesrat ratifizierten Kyoto-Protokolle nicht eingehalten werden können, und zwar in erster Linie wegen des Bevölkerungswachstums, welches sämtliche Energiesparmassnahmen wieder zunichte macht.

Die Politik muss wieder die Führung übernehmen und darf die Höhe der Einwanderung nicht rein wirtschaftlichen Interessengruppen überlassen!

Die Schweiz ist schon heute eines der am dichtesten besiedelten Gebiete der Welt. Mit 480 Personen pro Quadratkilometer im bewohnbaren Mittelland sind wir schon heute nach den Holländern an der Spitze Europas, was die Bevölkerungsdichte anbetrifft.

Ecopop fordert daher die Politik auf, jetzt endlich das Heft in die Hand zu nehmen und für die Schweiz eine massvolle Migrationspolitik zu definieren.

Aus: ECOPOP

Übles Gerangel um die Zweitwohnungsinitiative

Am 11. März stimmte die Mehrheit der Stimmenden der Volksinitiative zur Begrenzung des Zweitwohnungsbaus überraschend zu. Seither grollt es von Berg und Tal. Der direktdemokratische Volkentscheid wird kritisiert. Er soll verwässert werden – so fordern es die Verlierer. Das vorschnelle Bonmot vom Chaletgraben machte die Runde. Ein differenzierter Blick auf die Abstimmungsergebnisse zeigt: Das Volksbegehren erreichte erstaunlich hohe Ja-Anteile von 40 Prozent in touristischen Hochburgen des Alpenraums.

Schöne Landschaften schützen

Verantwortliche des Landschafts- und Heimatschutzes überrascht hingegen der Volksauftrag nicht. Die Menschen sorgen sich um die fortschreitende Zerstörung der Kulturlandschaft.

Das bestätigt eine aktuelle Umfrage des Forschungsinstituts gfs zur Zersiedelung, die von Pro Natura in Auftrag gegeben wurde. Rund zwei Drittel der Befragten wollen die Siedlungsfläche auf dem heutigen Stand begrenzen. Gar 80 Prozent wollen die Bautätigkeit in besonders schönen Landschaften einschränken.

Ende Januar wiesen die Meinungsumfragen von gfs 62 Prozent Zustimmung zur Zweitwohnungsinitiative aus. Dieses Stimmungsbild hatte direkten Einfluss auf die Revision des Raumplanungsgesetzes im Nationalrat. Anfang März stimmte die grosse Kammer nach monatelangem Hüst und Hot einer

Mehrwertabgabe bei Einzonungen zu. Das gibt den Gemeinden und Kantonen die Mittel, überdimensionierte Bauzonen auf das gesetzlich vorgeschriebene Mass zu verkleinern. Bauern, die über Nacht durch den Verkauf von Land zum Millionär werden, müssen einen Teil des Gewinns dem Gemeinwesen zur Verfügung stellen. Zu Recht. Die Gemeinden tragen auch die Aufwendungen für die Infrastruktur.

Gleichzeitig stimmte der Nationalrat der Verkleinerung überdimensionierter Bauzonen zu. Damit wird es möglich sein, die Gesamtflächen der Bauzonen in den nächsten 20 Jahren nicht über das heutige Niveau ansteigen zu lassen. Quasi eine Minute vor zwölf hat somit nach dem Ständerat auch der Nationalrat die Zeichen der Zeit erkannt und die beiden Kernforderungen unserer Landschaftsinitiative aufgenommen.

Ende gut, alles gut?

Anders sehen dies einzelne Politiker in Bundesbern. In Vorstössen wird verlangt, den Stellenwert der Gutachten der eidgenössischen Natur- und Heimatschutzkommission einzuschränken. Die «NZZ am Sonntag» titelte kürzlich: Bundesrätin Leuthard will Abstriche beim Denkmalschutz. Und ich frage mich: Steht uns nach den Erfolgen mit den beiden Volksinitiativen ein Referendum gegen die Verwässerung des Natur- und Heimatschutzgesetzes bevor?

Adrian Schmid in: Heimatschutz

Petition zum Schutz der Bienen

Die Regionalgruppe Waadt lanciert eine Petition für ein Moratorium für den Einsatz von Pestiziden, die für Bienen giftig sind. Das Schutzprojekt entstand nach über einem Jahr der Beobachtung von Bienen eines im Botanischen Garten von Lausanne installierten Bienenstocks sowie nach mehreren Monaten der Ursachenforschung über das Verschwinden der Bienen.

Seit mehreren Jahren bedrohen das Bienensterben direkt die menschliche Nahrungskette und die Biodiversität in der Schweiz. Eine Ursache für das Bienenster-

ben sind die in Pflanzenschutzmitteln häufig verwendeten Neonicotinoide – Nervengifte, deren Einsatz in der Schweiz noch immer erlaubt ist. Sie werden in der konventionellen Landwirtschaft eingesetzt und gelten als hochwirksame, systemische Insektizide, die auf das Nervensystem der Insekten wirken – sowohl als Kontakt- als auch als Frassgift. Auch für Säugetiere sind sie giftig. Ihre Toxizität ist 5000- bis 7000-Mal grösser als jene von DDT.

Unterschreiben Sie die Petition unter www.greenpeace.ch/bienen.



Zur Biodiversität gehört der Mensch!

(Luftaufnahme des nächtlichen Europa)

Wie lösen wir das Asylproblem?

Das Asylwesen läuft aus dem Ruder. Immer mehr illegale Einwanderer kommen als «Asylbewerber» in die Schweiz. Nach dem Grenzübertritt werden sie für ein jahrelanges Verfahren aufgenommen. Sie haben bei uns keinerlei Pflichten, nur Rechte. Wenn sie Straftaten begehen, spielt dies keine Rolle.

Nach einem negativen Asylbescheid tauchen sie unter, widersetzen sich der Ausschaffung oder

werden von ihren Heimatländern trotz entsprechenden Abkommen nicht zurückgenommen.

Im Gegenzug zahlen wir – Welch ein Hohn – diesen Ländern noch Entwicklungshilfe! Die ungebeten Gäste aber können für immer und ewig bei uns bleiben. Tausende Schweizer haben im Asylwesen krisensichere, einträgliche Jobs, die sie mit Hilfe der Politik vehement verteidigen. Daher wird das Problem von Bundesrätin Sommaruga

nicht gelöst, nur verwaltet. Die Folge: Immer mehr Asylbewerber. **Fragwürdig sind die UNO-Flüchtlingskonvention und das Völkerrecht, die zu unserem Nachteil auf die Bedürfnisse illegaler Einwanderer zugeschnitten sind.** Was macht jemand, der wie die Schweiz für ihn nachteilige Vereinbarungen unterzeichnet hat? Er kündigt sie so bald als möglich. Warum kündigen wir nicht ganz einfach diese unselige Flüchtlingskonvention und ersetzen das Völkerrecht durch eine eigene Fassung?

Und warum stellen wir die Hilfen an illegale Einwanderer nicht einfach ein und fordern sie auf, in ihre Herkunftsländer zurückzukehren?

Verständlicherweise würden die um ihre Pfründe besorgten Profiteure des Asylwesens sowie ihre Helfer in der Politik vehement protestieren. Andererseits muss schnell eine Lösung gefunden werden, bevor wir bei uns afrikanische Verhältnisse haben.

Otto Weiersmüller, Uetikon

Solidarität mit den Schweizer Demokraten!
Deshalb gehen wir alle zusammen an die diesjährige SD-1.-August-Feier
(siehe Einladung Seite 8)

Das Nobelpreiskomitee hat sich selbst disqualifiziert!



Valentin
J. Oehen,
e. Nationalrat,
König

Als dem neugewählten, amerikanischen Präsidenten Barack Hussein Obama vor 3½ Jahren der Friedensnobelpreis verliehen wurde, fragten wir uns

1. ob es wohl richtig sei, einen ohnehin schon etwas abgegriffenen – weil bei anderer Gelegenheit (Kissinger) kaum gerechtfertigt erteilten – Preis gar nur auf Grund von Wahlversprechen zu vergeben. Denn es war offensichtlich, an Taten konnte man Obama damals noch nicht messen.
2. ob die vorhandenen Hinweise auf Karriere, Abhängigkeiten und Abstimmungsverhalten im Kongress dieses Bush-Nachfolgers wirklich ein «Friedensengel» oder nicht viel eher ein «Todesengel» sein werde.
3. ob es nicht klug wäre, vorerst die Frage seiner Herkunft – als nicht in den USA geborener Mensch dürfte er nach der Verfassung nicht zum Präsidenten gemacht werden – einwandfrei zu klären.

Heute wissen wir es besser!

- Das rechtswidrige, grausame Gefangenenlager in Guantanamo ist entgegen seinen Versprechungen noch immer in Betrieb. Die Begründung «Nationale Sicherheit Amerikas» spottet jeder vernünftigen Überlegung. **Die dort seit über zehn Jahren noch immer einsitzenden Häftlinge – heute weniger als eine Hundertschaft – sollen die Sicherheit des 300 Millionen Volkes der USA mit dem welt-grössten Militärbudget und rund 16 auf der ganzen Welt wühlenden Geheimdiensten – gefährden können!?** Welch eine lächerliche Vorstellung!
- **Künstlich wird – durch Aktionen der eigenen Geheimdienste – die Angst vor Terror geschürt. Damit wird eine irrwitzige Rüstung – im Jahre 2011 waren es 541 Milliarden Dollar – begründet.** Und laufend werden enorm kostspielige Kriege angezettelt. Man denke an Tunesien, Libyen, Ägypten und neuerdings Syrien. – Und zurzeit bereiten die USA die Logistik für den nächsten grossen Nahost-Krieg vor. **Nach verlässlichen Informationen wird das militärische Transportkommando Transcom**

vorbereitet, eine Million Tonnen an Kriegsgerät in die Nachbarstaaten Irans zu bringen. 150 Zivil- und Militärschiffe sollen in die Vorbereitungen involviert sein.

- Gleichzeitig misstraut der längst entlarvte «Friedensengel» seinem eigenen Volk. So ist zu erfahren, dass die Polizeibehörden der USA immer mehr mit schweren Waffen ausgerüstet werden, vorab mit Granatwerfern und Sturmgewehren.
- Ausserdem sollen 800 Lager der *Federal Emergency Management Agency (FEMA)* eingerichtet worden sein. **Diese sind als eine Art «Konzentrationslager» für Aufständische zu verstehen.**
- Dazu passend hat Obama am 31. Dezember 2011 ein Gesetz, das NDAA (= **National Defence Authorization Act**) in Kraft gesetzt.

Dieses Gesetz gibt dem US-Militär die Befugnis, US-Staatsbürger auf der ganzen Welt gefangen zu nehmen und ohne Gerichtsverfahren zu inhaftieren.

Dasselbe gilt übrigens für jedermann, der verdächtigt wird, die **nationale Sicherheit der USA** zu gefährden. Solche Unglückliche sollen an einem geheimen Ort auf unbegrenzte Dauer und ohne Rechtsbeistand weggesperrt werden dürfen. Die Massnahme kann ohne Anklageerhebung verfügt werden, **d.h. der Weggesperrte erfährt nicht einmal den Grund seines Schicksals.**

– Den Krieg in **Afghanistan** hat er entgegen seinem Wahlversprechen noch immer nicht beendet. Im Gegenteil – er hat weitere mehrere Zehntausende GI's in den Kaukasus gesendet und zudem dem Krieg mit dem grosszügigen Einsatz unbemannter Drohnen eine neue Dimension gegeben. Präsident Karsai bezeichnet den Krieg kürzlich als gescheitert; **nach seinen Angaben sollen in den vergangenen 10 Jahren mehr als 33'000 Soldaten, Aufständische (= Taliban) und Zivilisten getötet worden sein.** Seine NATO-Partner drängt Obama zudem, sich in den schmutzigen Krieg – es geht um Drogen und Energieträger (Öl und Erdgas!) immer stärker zu engagieren.

– A propos – unbemannte Drohnen! Diese gemeine Waffe wird mit Unterstützung von Geheimdienstlern und Verrätern nicht nur in Palästina, sondern auch in Afghanistan, Pakistan, Jemen und Somalia immer stärker eingesetzt. Die **Kollateralschäden** mit zahlreichen unbeteiligten zivilen Todesopfern nimmt Herr Obama im Interesse der «Nationalen



Yes we can – welche Änderungen hat Barack Obama wirklich herbeiführen können.

Sicherheit der USA» ungerührt in Kauf. So lesen wir in einer Kurzmitteilung im Juni 2012 (Zitat): **Pakistan, 24. Mai 2012: Beim zweiten Drohnenangriff in zwei Tagen haben die USA in Pakistan zehn Menschen getötet und eine Moschee zerstört. Bereits am Vortag waren vier Menschen beim US-Drohnenangriff ebenfalls in Nord-Waziristan getötet worden. Die USA töten auf Verdacht und Zivilisten, die bei solchen Angriffen ums Leben kommen, bezeichnen die USA als «Kollateralschäden». Forderungen der pakistanischen Regierung, diese Angriffe auf pakistanischem Gebiet einzustellen, werden von den USA einfach ignoriert. Im November 2011 wurden bei einem Drohnenangriff der USA 24 pakistanische Soldaten «irrtümlich» getötet.**

Obama – oberster Richter und Henker zugleich!

Laut einer Meldung in der «New York Times» lässt sich Obama von seinen Geheimdienst-Experten eine Liste von Kandidaten für gezielte (Drohnen-) Tötungen vorlegen. Nach wenigen ergänzenden Fragen entscheidet er dann über Leben und Tod der «Auserwählten» und gibt diese zum Abschuss frei.

In diesem Jahr, d.h. in den ersten vier Monaten, sollen in Pakistan 18 Drohnen Angriffe, in Jemen deren 22 und einer in Somalia geflogen worden sein. Dabei seien zahlreiche Kämpfer von al-Kaida und anderer Gruppen getötet worden, heisst es in der Meldung der Zeitung.

Die Finanzkrise

Niemand kann heute noch bezweifeln, dass die Finanzkrise letztlich durch die Politik der USA provoziert

wurde. Angefangen hat es mit der Vergabe des Rechts des Gelddrucken an ein privates Bankenkonsortium (1913–FED). Perfektioniert wurde das Desaster mit der Aufgabe der Golddeckung 1971 durch Präsident Nixon.

Das «fiat-money»-System der Banken, verbunden mit dem «shareholder-value»-Denken, haben im Verbund mit politischen Fehlentscheidungen (jedem Amerikaner sein eigenes Haus!) und der Tiefzinspolitik den Boden für die platzenden Blasen bereitet.

Wie der Westen wieder aus der Schuldenkrise herauskommen soll – weiss kein Mensch, ausser vielleicht die Chefs der Bilderberger resp. der Hochfinanz, die als **Kommandostelle des US-Präsidenten fungieren!**

Vom 31. Mai bis 3. Juni 2012 tagten diese wieder einmal klammheimlich im *Westfields Mariett Hotel in Cantilly*, unweit von Washington. Dort trabte auch Obama zur Befehlsausgabe für die nächste Präsidentschaft an. Die Rothschilds und Rockefeller haben sicher zusammen mit dem Vorsitzenden *Henri de la Croix de Castries* die Weichen für das Vorankommen in die «Neue Weltordnung» gestellt.

Da spielt es dann auch keine Rolle, **dass das Versprechen Obamas im Wahlkampf 2008 die Staatsschulden bis 2013 zu halbieren in einem Umkehrschluss bis 2013 um rund 6 Billionen Dollar erhöht sein werden – auf über 15 Billionen Dollar.** Wie diese Schuld ehrlich zurückbezahlt werden soll, steht nicht zur Diskussion. Immerhin bestehen – neben der altbewährten Kriegszuflucht – die schleichenden Möglichkeiten wie eine Hyperinflation, ein Währungsschnitt oder die Schaffung der längst geplanten Euro-Dollar-Währung. Zu

bezahlen ist die Zeche – so oder anders – durch den europäischen und amerikanischen Mittelstand, dessen Mitglieder zusehends zur Klasse der *working poor* zählen, und die – soweit vorhanden – auf Zweit- und Dritteinkommen oder auf Sozialhilfe angewiesen sind.

Und was ist mit der Golddeckung?

Die USA halten sich in dieser Frage ausserordentlich bedeckt. Erinnern Sie sich noch an die spannungsgeladene Situation, als Präsident Charles de Gaulle vor 50 Jahren die Einlösung des Wechselversprechens für die Dollar-Guthaben Frankreichs verlangte.

– Oder an die dümmliche Antwort eines schweizerischen Bundesrates auf die parlamentarische Anfrage nach dem Lagerungsort der schweizerischen Goldvorräte, die in der Kriegszeit zum Teil ins amerikanische Fort Knox ausgelagert worden waren.

«Das weiss ich nicht, das will ich nicht wissen und das muss ich nicht wissen.»

Unterdessen ist auch durchgesickert, warum die SNB das angeblich als Währungsreserve überflüssige Gold regelrecht verkitscht hat. Es handelt sich um rund 1200 Tonnen pures Gold! Dies kurz bevor der Goldpreis von rund 15'000 Franken/kg auf über 40'000 Franken/kg anstieg. – Dazu passt die jüngste Prognose eines amerikanischen Financiers, die Schweiz wird unter dem Druck der USA in Bälde allen Privaten jeglichen Goldbesitz verbieten müssen.

Die Strauss-Kahn-Story zum Abschluss!

Am 14. Mai 2011 wurde Strauss-Kahn – damals Chef des *internationalen Währungsfonds (IWF)* in New York wegen des Verdachts der *sexuellen Nötigung eines Zimmermädchens des Hotels*, verhaftet.

Am 30. Juni berichtet die *New York Times*, dass die Ermittlungsbehörden Zweifel an den Aussagen des Zimmermädchens – der einzigen Belastungszeugin – habe.

– **Aber Strauss-Kahn war in der Zwischenzeit bereits ruiniert!** – **Seine politischen Ambitionen im Eimer!** Nach Aussagen des russischen Geheimdienstes trug sich folgendes zu: – *Strauss-Kahn sei bei der US-Regierung vorstellig geworden, weil diese den etwa 190 Tonnen schweren Goldbestand des IWF, der in den USA verwahrt wird, nicht an den Besitzer ausliefern wollte.*

Der IWF hatte Anfang 2010 beschlossen, 12 % seines Goldbestandes zu verkaufen, um verschuldeten Ländern günstige Kredite zur Verfügung stellen zu können. **Nun habe Strauss-Kahn die Frechheit gehabt, Regierungsbeamte aus dem Umfeld Obamas zu fragen, ob das Gold des IWF überhaupt noch vorhanden sei.** Er habe stichfeste Informationen, die ihn zweifeln liessen, ob die USA das Gold überhaupt noch besitze.

Nun erfuhr Strauss-Kahn, dass er wegen dieser Aussage von den USA gefangen genommen werden sollte. Deshalb versuchte er fluchtartig das Land zu verlassen und wurde dann –

wie bekannt – am Flughafen verhaftet!

Der amerikanische Kongressabgeordnete Ron Paul hat unterdessen öffentlich Zweifel geäussert, ob all die den USA vertrauensvoll zur Aufbewahrung gegebenen Goldvorräte überhaupt noch im staatlichen Besitz seien und nicht längst dem FED übergeben wurden.

Übrigens hat sich unterdessen auch Deutschland vergeblich nach dem Verbleib seiner in den USA lagernden Goldbestände erkundigt!

Ein Kommentator schrieb kürzlich:

– **Ob Obama oder Mitt Romney nächster US-Präsident sein werde, spielt keine Rolle.**

– **Wie der «Fall Obama» zeigt, bestimmen andere Kräfte die Politik des imperialen Landes – genant USA.**

Was also – so fragen wir – hat sich das Nobel-Komitee gedacht, als es den Friedensnobelpreis 2009 an Barack Hussein Obama vergab?

Umwelt, Bevölkerung, UNO

Die UNO «jammert» wegen der Hungersnot in Somalia und pumpt die ganze Welt deswegen um Geld an. Was nützt es, jetzt allen essen zu geben? Nichts, die Weltbevölkerung hat sich trotz schlimmer Kriege seit hundert Jahren vervierfacht und wächst noch weiter. Die Ressourcen werden immer knapper und teurer.

Wegen der versiegenden Rohstoffquellen muss das Getreide als Benzin- und Ölersatz in den Tank statt auf den Tisch.

Mehr Menschen verursachen mehr CO₂. Aber schuld am CO₂ sind seit neustem die Kühe, klar das Tier ist schuld. Aber mehr Menschen brauchen auch mehr Fleisch. Die Meere sind überfischt, die Wälder müssen wegen vermehrtem Ackerbau noch mehr abgeholzt werden. Schon jetzt spricht man von Abbau der Ressourcen tief im Meer oder auf dem Mond. Wer soll dies machen? Sendet man uns Menschen auf den Mond, damit man uns los ist, schliesslich hat es genug Menschen auf diesem Planeten.

Die Bewohner der Entwicklungsländer fressen sich buchstäblich die Haare vom Kopf. **Familien mit acht und mehr Kindern sind keine Seltenheit. Die Hälfte der Afrikaner ist unter zwanzig Jahre alt.** Man kann sich vorstellen, was da auf uns zukommt, im wörtlichen Sinn. Diese werden mit dem Deckmäntelchen von Asyl das Mittelmeer überqueren und in unser jetzt auch schon über-

völkertes Land strömen, da bei uns Milch und Honig fliessen soll. **Zurückhaben wollen diese Staaten die Bevölkerung nicht mehr. Wenn Personen zurückgenommen werden, dann müssen wir dies den afrikanischen Regierungen teuer bezahlen.** Wir müssen jedem Asyltourist Geld nachschieben und dabei noch höflich Fragen. Auch sind bei Konferenz über den Hunger nur wenige Staatsmänner, oder soll man diese Diktatoren nennen, aus Afrika dabei. Man sieht, wie gross das Interesse an der eigenen Bevölkerung ist. **Aber genau diese Staatsmänner haben genug Entwicklungshilfegeld in ihre Taschen geraubt.** Alles selber behalten, nur nichts ausgeben, die anderen sollen zahlen. Deren Geld ruht in Schweizer Banksafes. Weil die Schweizer Banken so viel Geld von diesen Diktatoren hat, müssen die Banken uns kleinen Schweizern fast keine Zinsen zahlen. Wir müssen bezahlen, das Geld wird wieder bei diesen «Staatsmännern» bzw. in den Schweizer Geldsafe gebracht. Viel Geld liegt auf unseren Banken. Die Banken haben somit (zu)viel Geld und müssen für unsere Guthaben fast keine Zinsen zahlen. Die nächste Hungersnot steht wegen dem Anwachsen der Weltbevölkerung schon wieder an.

Die UNO würde besser ein Geburtenprogramm für die Weltbevölkerung beschliessen. Ein-Kind-Ehe, Kondome, Unterbindung usw. wäre angesagt.



In der momentanen Asylpolitik wird eine rasche Behandlung der Asylgesuche durch falschen Humanismus verhindert.

Weniger Menschen gleich mehr Essen, das wäre die Lösung!

Es gibt Berufskrankheiten, die entstehen fast nur in den Industriestaaten. Morbus Dupuytren und Golfellenbogen entstehen durch harte körperliche Arbeit. Diese Krankheiten entstehen in Entwicklungsländern kaum, diese Länder lachen über den dummen Europäer. Soll sich doch dieser zu Tode arbeiten, damit Europa überschwemmt werden kann. Auf gewissen Strassen und Bahnhöfen in unserem Land wimmelt es von Asylbewerbern, die Handel betreiben. Aber kein Blumenhandel. Es sieht aus wie in Schwarzafrika oder in einem Basar. Die Bevölkerung meidet jetzt schon viele Orte in unserem Land. **Vierorts stehen diese Migranten dort, wo mit Auftauchen einer Polizeipatrouille schnell in einen anderen Kanton geflüchtet werden kann, so beim Bahnhof Ziegelbrücke.** Die sind gut organisiert! Auch wird vielerorts erst

durch Polizei kontrolliert, wenn es Reklamationen aus der Bevölkerung gibt. Die sind gut organisiert! Man weiss, die Schweizer kann man als A..., Rassisten usw. beschimpfen. Wir dürfen aber nichts sagen, es könnte vor Gericht gegen uns verwendet werden. Maul halten, schön sich verdreschen lassen, Bücklings zu Kreuze kriechen und eine gute Miene zum bösen Spiel machen. Unsere Regierung macht dies doch vor! Schliesslich sind dies multikulturelle Gäste, die das Land bereichern. Schweizer, bleibt gesund, meldet euch nicht krank, schliesslich müssen wir für diese arbeiten, damit das Finanzamt unsere Steuern einziehen kann, damit Multikulti leben kann. Unsere Sozialwerke sind leer, diese wurden geplündert von einer Klientel, die eine Sozialministerin in ganzen Flugzeugladungen (vorübergehend!) in unser Land gebracht hat.

Fridolin Bühler, Weesen

**SD** 
Schweizer Demokraten

1.-August-Feier 2012 der Schweizer Demokraten



Die diesjährige 1.-August-Feier findet statt
im Seehotel Hallwil,
Seestrasse 79, Beinwil am See (AG)



Programm:

ab 10.30 Uhr
10.40 Uhr

Musikalischer Auftakt mit Fritz Siegrist am «Schwyzerörgeli»
Gemeinsames Singen der Nationalhymne «Rufst Du mein Vaterland»



Begrüssung und Programmführung durch René Kunz, Grossrat,
Präsident SD Kanton Aargau, Reinach



11.00 Uhr

Begrüssung und Kurzansprache in französischer Sprache durch Michel Dupont,
2. Zentralvizepräsident, Pully

Hauptansprache zum Nationalfeiertag
Referent: Rudolf Keller, e. Nationalrat, SD-Zentralpräsident, Frenkendorf



12.15 Uhr

Gemeinsames Singen der Nationalhymne «Trittst im Morgenrot daher»
Mittagessen – Menü: Feines Blätterteigpastetli mit Pilzrahm- oder Kalbsbrät-Füllung,
dazu Gemüseis (inkl. Dessert). Kosten: Fr. 26.–

ab 13.30 Uhr

Der Nachmittag kann individuell, beispielsweise mit einem schönen Spaziergang entlang
dem See, gestaltet werden.



Wichtig: Eine Anmeldung ist nicht notwendig! Dieser Anlass wird bei jedem Wetter durchgeführt.



Anfahrt:

Die Anreise **mit dem Zug** ist problemlos. Ab Zürich Hbhf. und Bern alle 30 Minuten bis Lenzburg, dann
umsteigen auf die S9 (Regionalzug Richtung Luzern) bis Beinwil am See. Ab Luzern alle 30 Minuten
direkt bis Beinwil am See. Das Seehotel Hallwil liegt 15 Gehminuten vom Bahnhof entfernt und befindet
sich neben der Anlegestelle für den Schiffsverkehr.



Mit dem Auto die Autobahnausfahrt Aarau-Ost benützen und über Seon und Birrwil nach Beinwil am
See. Von Luzern aus über Eschenbach und Hochdorf bis Beinwil am See. Parkplätze sind direkt beim
Restaurant genügend vorhanden.

Für dringende Rückfragen zur SD-Feier: Telefon 031 974 20 10 (Zentralsekretariat).



Veranstaltungshinweise der SD-Sektionen



Bezirk Baden und Umgebung:
Stamm im Hotel «Winkel-
ried», Landstr. 36, Wettingen.
Jeden 1. Dienstag im Monat ab
20 Uhr.

Fricktal: Stamm im Rest. «Weisses
Rössli» in Eiken. Jeden 1. Donners-
tag im Monat ab 19.30 Uhr.



SD Stadt Bern: Höck (Vor-
standssitzung, Gäste sind
stets eingeladen!) im Restau-
rant «Jäger», Murtenstr. 221,
Bern-Bethlehem. Postauto

Nr. 101, Haltestelle Untermattweg
(von dort ca. 1 Min. zu Fuss). Oder
Tram Nr. 8 Richtung Brünnen-West-
side, Haltestelle Säge (von dort ca. 5
Min. zu Fuss). Jeden letzten Dienstag
im Monat ab 20.00 Uhr.

Berner Oberland: Höck im Hotel
«Milan» in Ringgenberg. Jeden
1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr.



Winterthur und Umgebung:
Höck im Restaurant «Blume»,
Wülflingerstrasse 236. Jeden
1. Freitag im Monat ab 20 Uhr

(bei einem Feiertag eine Woche spä-
ter).



Kantonalsektion St. Gallen:
Stamm am Donnerstag, 26.
Juli, ab 19.30 Uhr im Restau-
rant «Dufour» am östlichen
Ende des St. Galler Haupt-
bahnhofs. Weitere Infos über Telefon
079 639 06 07, abends.



Luzern-Innerschweiz:
Höck im Bistro «Spatz»,
Obergrundstrasse 103, Lu-
zern. Jeweils am letzten Mitt-
woch im Monat ab 20 Uhr
(ausser im August und Dezember).
Es ist immer jemand da!
Bus-Nr. 1, 11, 20 ab Luzern Bahnhof
bis Haltestelle Eichhof.

Weitere Anlässe bitte melden an: info@sd-marktplatz.ch



Kanton Aargau



«Rüebli statt Karotten» und «Aarauer Rüeblimärt statt Aarauer Karottenmarkt»

Aargauische Volksinitiative «JA für Mundart im Kindergarten». Die SD Aargau haben bei der Aarauer Staatskanzlei 3673 beglaubigte Unterschriften eingereicht.

Die Schweizer Demokraten (SD) des Kantons Aargau haben am 31. Mai 2012 bei der Staatskanzlei des Kantons Aargau für ihre Volksinitiative «JA für Mundart im Kindergarten» 3673 beglaubigte Unterschriften eingereicht. Die Unterschriften für das am 18. Juli 2011 lancierte Volksbegehren wurden innerhalb von nur 9 Monaten zusammengebracht. Die meisten Unterschriften stammen aus den Bezirken Kulm, Laufenburg und Rheinfelden. Das Volksbegehren verlangt, dass das kantonale Schulgesetz so zu ändern ist, dass die Unterrichtssprache im Kindergarten grundsätzlich die Mundart ist. Bezeichnend für die Wichtigkeit der «Mundart-Initiative» ist, dass vor allem junge Bürgerinnen und Bürger dieses Begehren gerne unterzeichnet haben. Rund 95 Prozent der angesprochenen Personen

haben die Volksinitiative unterschrieben; dies unter anderem auch deshalb, weil die Mundart als unsere Sprache gepflegt und vermittelt werden muss. Zudem haben etliche eingebürgerte Ausländerinnen und Ausländer das Begehren unterzeichnet.

Kinder sollen im Umfeld des Kindergartens vor allem das soziale Verhalten erleben und stärken können. Dies ist am besten möglich mit der Ausdrucksweise in unserer angestammten Muttersprache – der Mundart. Das ist unsere Umgangssprache! Eine zusätzliche fremde Sprache – wie zum Beispiel das Hochdeutsche – nährt im Kindergarten den Boden für die sprachliche Verunsicherung. Die sprachliche Erweiterung durch das Hochdeutsche soll erst später bei Schuleintritt erfolgen. Die Tendenz zum Hochdeutschen als Umgangssprache im Kindergarten stellt ein gewaltiges Problem dar, denn es ist ein verhängnisvoller Eingriff in unser Kulturerbe. Es muss zweifellos alles daran gesetzt



Sprachliche Identität stärkt die Eigenständigkeit und das Selbstbewusstsein eines Volkes.

werden, dass unsere Mundart und Dialekte in Zukunft nicht verloren gehen.

Eine gesunde Bindung zur Muttersprache – sprich Mundart – ist eine wichtige emotionale Stütze in der Entwicklung der Kinder. Lassen wir doch wenigstens unsere Kinder richtig in unsere Mundart eintauchen. Unsere Mundart und Dialekte sind ein wichtiger Faktor unserer Kultur und Identität. Auch fremdsprachige Kinder müssen auf jeden Fall die Gelegenheit erhalten

– da dies im Elternhaus meist nicht praktiziert wird – die Mundart zu erlernen. Die Mundart ist die Sprache der Integration! Es gibt deshalb keine bessere Methode, sich erfolgreich zu integrieren und ein Gefühl der Zugehörigkeit zu entwickeln!

Das gesamte Leben spielt sich bei uns in der Mundart ab. Es darf einfach nicht sein, dass man sich daran macht, seine eigene Sprache – die Mundart – freiwillig oder sogar selbst – zu verbieten. Die Umgangssprache in unserem Kanton ist das Schweizerdeutsche, so soll es auch – genau das verlangt die «Mundart-Initiative» – weiter bleiben. Es droht leider eine Generation – mit fatalen Folgen – heranzuwachsen, die zwar noch eine Art Schweizerdeutsch spricht, dies aber oft mit seltsam fremdsprachigen Ausdrücken und einem völlig verkümmerten Wortschatz. Der Kindergarten leistet einen bedeutenden Beitrag zur Integration.

René Kunz, Grossrat, Mitglied des Initiativkomitees, Reinach

Falsches Spiel

Als ich vor rund drei Monaten begann, einen Kollegen bei der Stellensuche zu unterstützen, dachte ich noch nichts Böses. Doch schon sehr bald wurde mir klar, was für ein «Dreckspiel» gespielt wird. So musste ich nach jedem Bewerbungsgespräch meines Kollegen vernehmen, dass die Stellenanbieter aus Gründen der Wirtschaftlichkeit – sprich billige Arbeitskräfte – die entsprechende Arbeitsstelle im Prinzip lieber mit einem Grenzgänger besetzen wollen. Er sei, so tönte es durchwegs, mit seinen 22 Lebensjahren viel zu «teuer»!

Ich habe allerdings Verständnis dafür, dass Firmen ihren «Rekrutierungsradius» erweitern, wenn die Arbeitsstelle nicht nur mit Einheimischen besetzt werden kann.

Was ich aber nicht mittragen kann, ist, wenn Schweizer Firmen dem «zu teuren» einheimischen Angestellten ohne jegliche Gründe kündigen und ihn danach durch einen Grenzgänger ersetzen!



Schweizer Gewerkschaften – lieber Multikultur zementieren als Interessen der Arbeitnehmer vertreten.

Ich frage mich: **Wo sind die Gewerkschaften, welche bei solchen Missständen – zum Nachteil der einheimischen Arbeitnehmerschaft – nicht bei den Arbeitgebern intervenieren?** Fakt ist, dass aus diesem Grund immer mehr Schweizerinnen und Schweizer aus den Gewerkschaften austreten, da sich die Arbeitnehmerschaft durch diese nicht mehr unterstützt fühlt. Fakt ist auch, dass die Gewerkschaften den Fokus lieber auf ausländische Arbeitskräfte richten. Diese billigen Arbeitskräfte murren nicht!

Die Arbeitslosigkeit im Kanton Aargau beträgt zurzeit 2,9 Prozent, wobei die Anzahl ausgesteuerter Personen nicht mitgezählt wird. Ich bin der Meinung, **dass man den**

Arbeitslosen und Ausgesteuerten zuerst eine Stelle verschafft, bevor Firmen und Betriebe ausländische Arbeitskräfte rekrutieren. Denn weniger Arbeitslose und Ausgesteuerte heisst auch weniger Sozi-

alausgaben. Um dies zu verstehen, muss man beileibe kein Hochschulstudium absolviert haben.

Thomas Reiniger, Vizepräsident SD Kanton Aargau, Wegenstetten

Regierungswahlen vom 21. Oktober 2012

Gegen reine Bestätigungswahlen in die Regierung!

SD Aargau nominieren René Kunz als Regierungskandidaten

Am Parteitag der Schweizer Demokraten (SD) des Kantons Aargau vom 1. Juni 2012 in Suhr nominierten die Versammlungsteilnehmer **Grossrat René Kunz, Reinach**, einstimmig zum Regierungskandidaten. Die SD Aargau lehnen langweilige Bestätigungswahlen ab. Mit der Nominierung von René Kunz haben die Aargauer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger die Möglichkeit, im Oktober an «echten» Regierungswahlen teilzunehmen und ei-



nen Aargauer in die Regierung zu wählen, der auch dort seine Meinung vertreten wird!

Auch beim Sammeln von Unterschriften für die aargauische SD-Volksinitiative «JA für Mundart im Kindergarten», welche Ende Mai mit 3673 Unterschriften bei der Staatskanzlei eingereicht wurde, lernte René Kunz die Anliegen und Ängste der Bevölkerung aus erster Hand kennen. Das Lebensmotto von Kunz ist allseits bekannt: «Nicht dauernd mit dem Strom schwimmen, gibt neue Ideen!»

Urs Müller, Mitglied des SD-Kantonalvorstandes, Schöftland

**Kanton Bern****«Tanz dich frei» – die wahren Probleme**

Spanien weiss eine Jugendarbeitslosigkeit von 45% aus. Gleichzeitig beklagen sich Berner Jugendliche über «zu wenig» Freiräume. Zudem war diese «Party» nicht politisch unabhängig.

Es ist durchaus begreiflich und auch vertretbar, im Namen der jungen Generationen bestimmte Anliegen punkto Nachleben geltend zu machen und entsprechende Rechte einzufordern. Gerade in der heutigen, vom Leistungsdruck der Wirtschaft geprägten Zeit, darf neben Ordnung und Disziplin auch der Spass nicht zu kurz kommen. Dennoch muss diese Massenkundgebung kritisch hinterfragt werden. In einem demokratischen Rechtsstaat wie der Schweiz mit genügend geschützten individuellen Rechten, kaum vorhandenem behördlichen Missbrauch und ausgeprägten Datenschutzbestimmungen erscheinen diese Interessen nebensächlich und vielleicht sogar etwas übertrieben zu wirken, **zumal sich die Organisatoren halbwegs bedeckt halten und es verpassten, die nötige Kundgebungsbewilligung einzuholen. Der Anlass riecht stark nach politischer Werbung und entsprechendem stellvertretendem Aktivismus, da Verantwortliche und Teilnehmer mit ähnlichen Argu-**

menten gegen Sicherheitsmassnahmen (beispielsweise Videoüberwachung) oder Auflagen im Zusammenhang mit der Reitschule, die seit jeher Rechtsfreiheit geniesst, ankämpfen.

So heterogen die Kundgebung auch scheint, so omnipräsent sind leider gewisse Protagonisten wie das linksautonome Bündnis «Alle gegen Rechts», das sich einen Deut um Behördenregelungen kümmert. Ferner ist dem grossen jugendlichen Mob mit seinen berechtigten Interessen zu wünschen, sich selber mit Vehemenz den vorhandenen politischen Rechten zu widmen, ansonsten ältere Generationen stets obsiegen. Existenzielle Probleme wie Jugendarmut und Kriminalität im Allgemeinen rufen nach Stellungnahmen und aktiver Lösungsfindung. Ein Aufruf an die Jungen für ein politisches Engagement täte not. Die Parteizugehörigkeit ist an dieser Stelle sekundär.

Adrian Pulver, Stadtratskandidat, Vizepräsident SD Stadt Bern

Die Schweiz in 20 Jahren:

**Moscheestrasse 16,
8006 Zürich
chemin du Halal 42,
1003 Lausanne
viale del Muezzin 58,
6500 Bellinzona
veia Minarets 3,
7460 Savognin
Wollt Ihr das?!**

Aufgepasst

Als Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) bekommen Sie jeweils zwei Rechnungen: Anfang Jahr erhalten Sie eine Rechnung für das Jahresabonnement der Zeitung von Fr. 45.–. Dieser Betrag wird immer der Zentralkasse gutgeschrieben. Zwischen März und Juni folgt dann die Verrechnung des Mitgliederbeitrags (meistens Fr. 50.–). Dieser Betrag wird der Kasse Ihrer kommunalen oder kantonalen Sektion (je nach Kanton auch die Zentralkasse) gutgeschrieben.

SD-Redaktion

**Kanton Zürich****Votum von Gemeinderat Christoph Spiess: Milizparlament beibehalten – keine Gemeinderatssitzungen während der Arbeitszeit!**

Sinngemässe Zusammenfassung eines frei vorgetragenen Votums.

Wir haben in Bern schon ein Parlament, in dem NormalbürgerInnen gar nicht mehr dabei sein können, weil man daneben vor allem als Angehöriger einer kleinen Oppositionspartei keine Chance hat, den als Ergänzung nötigen Teilzeitjob mit grosser Flexibilität zu finden. Auch eine Mitarbeit im Kantonsrat können sich viele Bürgerinnen und Bürger schlicht nicht leisten. Wollen wir jetzt auch in der Stadt Zürich ein Parlament, das nur noch aus gewissen Freiberuflern, Verbandsfunktionären und Teilzeitarbeiterinnen besteht?

Wo ist denn das Problem? Obwohl das «Feierabendparlament» angeblich eine übermässige Belastung ist, kann man bei jeder Gemeinderatswahl einen grossen Andrang auf die 125 Sitze in unserem Rat feststellen. Die vorzeitigen Rücktritte erfolgen aus verschiedensten Gründen wie zum Beispiel Weg-

zug, berufliche Veränderung oder Wahl in den Kantons- oder Nationalrat. Die Sitzungstermine am Mittwochabend dürften da kaum eine Rolle spielen.

Wer sich erhofft, die Medien würden bei Sitzungen am Vormittag mehr über unsere Arbeit berichten, ist etwas naiv. Die Medien haben uns schon längst «abgesägt». Früher gab es eine ausführliche Berichterstattung, heute noch ein kleines «Artikeli» über die Gemeinderatssitzung. Wir bringen keine «Einschaltquote», also bringt man uns nicht...

Was mitunter belastend ist, sind lange Sitzungen an einem Stück. Man sollte aufhören, Traktanden mit dem Brecheisen noch am selben Abend zu Ende beraten zu wollen, auch wenn es 1 oder 2 Uhr morgens wird.

Wir Schweizer Demokraten lehnen den Beschlussantrag von Planta (GLP) auf eine Verschiebung der Ratssitzungen auf Vormittagstermine vehement ab.

Teamanlass

Am Samstag, 2. Juni 2012, traf sich der Zürcher Kantonalvorstand und Adrian Pulver, SD-Zentralsekretär, pünktlich um 10 Uhr im Hotel Restaurant Löwen in der malerischen Ortschaft Andelfingen ZH. Nach einer kurzen ausserordentlichen Vorstandssitzung begaben wir uns dann in den nahe gelegenen Wald, um gemeinsam unser Mittagessen zu kochen. Dank dem grossartigen Einsatz von Anton Mathyer (Kassier der SD des Kantons Zürich) waren schon die grössten Leckereien bereit, um verarbeitet zu werden. Wir teilten uns in Gruppen auf. Schliesslich war der Sinn dieses Anlasses, dass wir unser starkes Team noch mehr zusammenbringen konnten.

Eine Gruppe bereitete die leckeren Grillspiese vor, die andere richtete den Salat an und die dritte war für das Feuer und für das «Tisch decken» zuständig. Danach durften



wir bei sonnigem Wetter diese Köstlichkeiten verspeisen und uns gemütlich unterhalten! Um zirka 15 Uhr traten schliesslich alle wieder wohl und zufrieden ihre Heimreise an. Ein toller Anlass war es!

Andreas Stahel, Präsident SD Kanton Zürich, Wädenswil

Mundart erhalten – der Mensch beginnt bei der Identität

???

Fragezeichen überall ???

Wieso befindet sich Bin Ladens Leiche in den USA? – Ist es überhaupt Bin Ladens Leiche?

Entgegen der Propagandalüge über die Meerbestattung Bin Ladens an Bord des US-Flugzeugträgers «USS Carl Vinson» soll die Leiche noch immer im «*Armed Forces Institute of Pathology*» in Bethesda sein. Man habe Fingerabdrücke genommen und DANN-Untersuchungen durchgeführt.

Obama gab den Auftrag, so verlaute man von höchster amerikanischer Stelle, für eine «*kill mission*», und Bin Laden soll durch einen Kopfschuss getötet worden sein. **Das veröffentlichte Foto des angeblich zerschossenen Kopfes von Bin Laden ist jedoch derart laienhaft gefälscht, dass die Propagandalüge zum Himmel stinkt.**

Aber was war der Zweck der Belüftung der Weltöffentlichkeit in diesem Fall?

Barack Obama braucht in jenen Tagen dringend eine Entlastung in der Öffentlichkeit, da

- seine Geburtsurkunde-Affäre Anlass zu unangenehmen Diskussionen in den Massenmedien gab; ja, die Frage stellte sich ernsthaft ob er Kenianer oder US-Amerikaner sei;
- der Krieg in Libyen offensichtlich illegal und durch die USA und GB zu verantworten war;
- die USA am Rande der Zahlungsunfähigkeit stand;
- zum zehnten Jahrestag von 9/11 immer neue Zweifel an der offiziellen Erklärung des Attentats an die Öffentlichkeit drangen.

Mit dem Gag der Erledigung von Bin Laden auf Geheiss des «siegreichen» Präsidenten kam ja dann wirklich auch die gewünschte Entlastung zustande!

Wieso brauchen amerikanische Geheimdienst-Mitarbeiter einen Freibrief zum Töten von «Feinden der USA» im Ausland?

Obama hat kürzlich – ohne Einschränkungen – einen solchen Freibrief ausgestellt!

Doch wohl, weil diese Tötungen als gängiges Kampfmittel gegen unbequeme Personen im Ausland eingesetzt wird. Es ist bekannt, dass jene **prominente Gefahr laufen, vom Killernetzwerk der Geheimdienste beseitigt zu werden, die gegen Krieg, Lügen und gegen die Einschränkungen der freien Meinungsäusserung ankämpfen.** – Ganz gleich, ob in Staaten wie den USA, Israel, Argentinien oder Russland – schon seit Jahrzehnten fallen

Menschen politischen Attentaten zum Opfer, wobei die Attentäter niemals gefasst und gebührend bestraft werden. In diesem Zusammenhang kommen einem Namen wie Prinzessin Diana, Anna Lindh, John F. Kennedy, David Kelly, Jörgen W. Möllemann, Uwe Barschel und Jörg Haider und viele andere in den Sinn.

Aber – hat denn nicht seinerzeit der Wahlkämpfer Barack Hussein Obama seinen Vorgänger G. W. Bush wegen den extralegalen Hinrichtungen vor aller Welt hart kritisiert! Und jetzt das?

Wer sind die grössten Arbeitgeber der Welt?

Das Pentagon der USA beschäftigt in «Friedenszeiten» 3,2 Millionen Menschen mit einem Jahresbudget von rund 680 Milliarden Dollar.

Für jeden der zahlreichen Kriege werden jeweils noch einmal in der Grössenordnung von 100'000 Menschen «engagiert» und bis zu 150 Milliarden Dollar pro Fall verbraten – nota bene ohne die Schäden der «betroffenen» Völker gerechnet zu haben.

Waffenindustrie und globale (Öl-) Konzerne polieren dann allerdings die negativen Zahlen für die US-Volkswirtschaft signifikant auf.

Die chinesische Volksarmee beschäftigt 2,4 Millionen Menschen und an dritter Stelle folgt das russische Armeee- und Rüstungskonglomerat mit über einer Million Angestellten.

Da fragt man sich wirklich, sind das die Garanten für eine friedliche Welt?

Reicht die Vorstellungskraft für die aktuelle Schuldenwirtschaft noch aus?

Unsere kleine Schweiz hat zurzeit rund 120 Milliarden Franken Schulden – das ist eine 12 mit 10 Nullen hinten dran!

Die Staaten der Eurozone weisen zusammen 10,9 Billionen Euro an Schulden aus. Das sind 109 mit 12 Nullen hinten dran!

Die USA haben eine Schuldenobergrenze von 16,7 Billionen Dollar für ihr Land festgeschrieben. Das sind 167 mit 12 Nullen hinten dran!

Glaubt da noch jemand, dass es jemals möglich sein werde, diese Schulden auf ehrliche Weise, das heisst mit Überschüssen aus dem Staatshaushalt abzutragen. Oder werden die Untertanen Europas und der USA über eine Dauerinflation oder steuerliche Ausblutung – wenn



Kriege führen aus reiner Nächstenliebe?

nicht gar über eine Hyperinflation oder einen Währungsschnitt – zur Kasse gebeten?

Wie spontan sind resp. waren die arabischen Revolutionen und stehen wir vor einem europäischen Sommer?

Im Zeitalter des Internets und des Fernsehens stellen sich immer wieder gleichartige Fragen wie zum Beispiel diese:

- Wer rüstet die zusammengewürfelten Massen in irgendeiner wichtigen Stadt eines Landes in kürzester Zeit mit gleichfarbigen Tüchern aus?
- Wie kommt es, dass die protestierenden Demonstranten plötzlich **reichlich mit Waffen und Munition ausgerüstet sind und über Tausende von Fahrzeugen verfügen können?**
- Wieso sind selbst bei kleinen Zwischenfällen (z.B. im Rahmen von Demos) Fernsehsequenzen zur Stelle?
- Wieso entstehen rasend schnell Legenden (um nicht zu sagen Lügengeschichten), die weltweit verbreitet werden und sich zur Aufwiegelung der Massen eignen?
- Wieso präsentiert man am Fernsehen immer wieder die gleichen Bilder – z.B. von zerstörten Häusern aus Homs –, aber mit wechselnden Kommentaren?
- Wie kommt es, dass bei Grossdemonstrationen – die gezeigt werden – landesfremde Fahnen geschwungen werden?

Der bekannte Publizist *Gerhard Wisniewski* schreibt in seinem Buch «*verheimlicht, vertuscht, vergessen*» aus dem Jahr 2012 zu diesem Thema (Zitat):

«Die jüngsten Revolutionen, die im Nahen Osten Diktatoren zu Fall brachten, sind nicht spontan entstanden – sie waren geplant und

geprobt. Der Regimewechsel wurde in Ägypten und Tunesien bereits seit Jahren trainiert. Die arabischen Revolutionäre hatten eine Art Gebrauchsanweisung, die bereits bei der «Orangen Revolution» in der Ukraine und in anderen osteuropäischen Staaten zum Einsatz gekommen war. Der Umsturz folgte einem Plan wie eine gut geführte Werbekampagne.»

Erfahrene Revolutionäre aus Osteuropa dienten als «Trainer» und **das Training wurde grösstenteils von amerikanischen Organisationen finanziert.**

Man fragt sich unwillkürlich, ob dem arabischen Frühling nun ein europäischer Sommer folgen werde.

Durch das wirtschaftliche Abwürgen insbesondere südeuropäischer Länder mit rasant steigender Arbeitslosigkeit (speziell der Jungen) wird durch die Hochfinanz ganz offensichtlich das Beet bereitet, um auch hier den Samen der Aufstände erfolgsversprechend aussäen zu können.

Ist der Friedensnobelpreisträger Barack Hussein Obama nun ein Todesengel oder doch ein Friedensengel oder wählt die USA den nächsten grossen Krieg, sollte Mitt Romney Präsident werden?

Es besteht kein Zweifel, der schlimmste Kriegshetzer der Gegenwart ist der israelische Präsident Benjamin Netanjahu. Und er ist mit Mitt Romney eng befreundet. Schon jetzt – **während des Vorwahlkampfes erklärte sich Romney bereit, die Nahost-Politik von Netanjahu bedingungslos zu unterstützen.** Ein spöttischer Kalauer geht so: *Mitt Romney frage Netanjahu: «Bibi, was möchtest du, dass ich tue?»*

Simonetta Sommaruga auf Abwegen!

Im Römerbrief 7 Vers 19 – 23 lesen wir: Wir tun nicht das Gute, das wir gerne tun möchten, sondern das Böse, das wir verabscheuen. Wenn wir aber tun, was wir nicht wollen, dann verfügen wir nicht selbst über uns, sondern die Sünde, die von uns Besitz ergriffen hat. Wir sehen also, dass sich alles nach folgender Regel abspielt: Ich will das Gute tun, aber es kommt nur Böses dabei heraus. In meinem Bewusstsein stimme ich dem Gesetz Gottes freudig zu. Aber ich sehe, dass mein Tun andern Gesetzen folgt. Dieses Gesetz liegt im Streit mit dem Gesetz, dem meine Vernunft zustimmt. Es macht mich zum Gefangenen der Sünde, deren Gesetz mein Handeln bestimmt.

Nina Streeck schrieb in der «NZZ am Sonntag» vom 3. Juni 2012 über das Problem der zahlreichen Selbsttötungen in unserer Gesellschaft und den 30. Geburtstag der Organisation «Exit». Zu Recht forderte sie, es dürfe nicht normal werden, durch Suizid zu sterben – ein würdiges Sterben sei nur im Rahmen einer liebevollen Begleitung durch seine «Nächsten» möglich. Zur Bekämpfung der Angst vor dem Tode – wohl besser vor den Leiden, die zum Tode führen – fordert sie einen substantiellen Ausbau der Palliativmedizin. Gleichzeitig bezeichnet sie jedoch den Wunsch des Menschen auf die Festlegung des eigenen Todeszeitpunktes als «ehrenwertes Anliegen». Das Recht auf die Selbstentscheidung ob «das Leben für die Weiterführung noch wertvoll genug ist», spricht sie jedem Einzelnen zu und fordert ultimativ, dass «ein etwaiger Todeswunsch unbedingt zu achten sei».

Die Geburtstagsfeier der Organisation «Exit» unter Assistenz der linken Bundesrätin Sommaruga bezeichnet sie als «befremdlich», da damit eine falsche Normalität zur Selbsttötung vorgegaukelt werde.

Im ganzen Aufsatz sucht man jedoch vergeblich Worte wie

- Gott oder Gott-Bezogenheit des Menschen;
- Leben nach dem Tode;
- Präexistenz und Reinkarnation;
- Gewissen und Freiheit.

Es ist, als ob das tausendjährige Ringen um ein wirkliches Verständnis zwischen Willensfreiheit des Menschen und des göttlichen Auftrages zur Entwicklung und Reifung des Individuums inexistent wäre.

Viele Millionen gläubiger Menschen verneigen sich täglich vor Gott als dem Schöpfer und Erhalter aller Dinge des ganzen Universums. Sie sind sich bewusst, dass die erhaltende Kraft des «Schöpfergeistes» unser ganzes System in Funktion hält und damit auch das Leben jedes einzelnen Individuums.

Damit ist es naheliegend, diesem Schöpfergott das alleinige Recht der Bestimmung von Anfang und Ende unseres aktuellen irdischen Lebens zuzugestehen.

Es ist also eine unglaubliche Anmassung, von einem Recht jedes Einzelnen zu sprechen, über das Ende seines Lebens zu bestimmen. Warum nicht auch gleich über den Anfang?

– Wohin dieses angebliche Recht führt, sei mit einigen Stichworten angedeutet: Abtreibungen, Eutha-



Wie seriös und transparent sind die Sterbehilfeorganisationen?

nasie, Vernichtungskriege, gezielte Tötungen, Todesstrafen.

Über das Leben nach dem Tode, die Präexistenz und die Reinkarnation gibt es ganze Bibliotheken mit hochinteressanten, aussagekräftigen Berichten von Jenseitigen. **Alle diese Berichte zeigen, dass die aktuelle irdische Lebensphase in eine Lebenskette eingebettet ist, die als Folge karmischer Lernprozesse zu interpretieren ist. Es ist leicht verständlich, dass grobe Eingriffe in deren Ablauf (Suizid!) eine brutale Störung des Gesamten erzeugen und in der Folge wieder kompensiert werden müssen.**

Wer sich müht, in sich hineinzuhorchen (Bauchgefühl!), hört die Stimme seines Gewissens. Er hat dann allerdings die Freiheit auf diese Stimme zu hören oder sich gegen sie zu entscheiden. Das gilt selbstverständlich auch für die uns hier interessierenden Fragen des Lebensendes. Dass er dann in der Fortsetzung seines Lebenszyklus die Folgen seines Entscheides zu

tragen hat, darf man ja wohl als Selbstverständlichkeit bezeichnen.

Sicher ist, dass nach einem Suizid die anstehenden Probleme nicht gelöst, sondern lediglich auf eine andere Ebene verschoben wurden.

Der Mensch als entkörperertes Wesen muss sich dann weiterhin mit ihnen beschäftigen; eine Aufgabe, die unter Umständen recht mühsam sein kann.

Friedrich Taschner formulierte 1996 aus dem Jenseits das zu unseren Ausführungen passende Schlusswort (Zitat):

Ihr sollt wissen, dass ihr mit euch selbst, mit eurer Leistung, mit eurem geduldigen Ertragen und dem liebevollen Annehmen der oftmals schweren seelischen und körperlichen Bedingungen des Erdenlebens, die ihr gemeistert habt, zufrieden sein dürft. Seid nicht verzagt und traurig, oder gar verzweifelt, wenn ihr in schweren und dunklen Zeiten steht und euch das Leben drückend und sinnlos erscheint. All das ist nur vorübergehend und der Tod ist nicht das Ende.

Es gibt wirklich die Auferstehung, das heisst eure wunderbare seelische Struktur, euer inneres aus der Göttlichkeit durchstrahltes Sein ist von Raum und Zeit unabhängige, unsterbliche Wirklichkeit und zeigt sich hier so, wie es wirklich ist.

Das soll euch Gewissheit und Trost in schweren Stunden sein, um euch zu helfen, den irdischen Weg mit seinen Freuden und Leiden bestmöglich zu bewältigen.

Tino Giacomo

??? Fragezeichen überall ???

Fortsetzung von Seite 11

Und dieser antwortete: «Angreifen!» Und schon starten von den amerikanischen Flugzeugträgern im Golf die Bomber gegen den Iran und die Raketen mit Plutoniumsprengköpfen werden abgeschossen.

Und damit werde dann der ganze Nahe Osten befriedet!

Ist die Neutralitätsdoktrin der Schweiz überholt?

Auf diese ketzerische Frage kommt

man, wenn man die Aktionen unseres Bundesrates der letzten Jahre kritisch überlegt.

- Wieso musste die Schweiz grosse Teile ihrer Goldbestände verkitischen?
- Wieso wird unser Gold nicht repariert?
- Wieso lassen wir uns im von den USA initiierten Wirtschaftskrieg einbinden und von der EU finanziell ausnehmen?
- Was haben unsere Militärs im Kosovo verloren, wo ein zutiefst ungerechter Krieg gegen Serbien geführt wurde?

- Was mag unsere Motivation sein, um im syrischen Krieg gegen die reguläre Regierung zu nehmen und mit wirtschaftlichen Massnahmen Assad und sein Regime in Bedrängnis zu bringen?
- Was kann uns erwarten, wenn die Regierung unseres Kleinstaates laufend vor den Forderungen nach stückweiser Selbstaufgabe unserer Rechtsvorstellungen in die Knie geht?

Zum Schluss noch die Frage: Wie wollen wir

- ohne eine Armee, welche die

verfassungsmässigen Aufgaben noch erfüllen kann,

- ohne einen Bauernstand, der eine Basisversorgung zu gewährleisten vermag,
- überbevölkert durch Vertreter aller Nationen,
- gebunden durch selbstschädigende Verträge mit der EU,
- ohne Freunde – nur von Neidern und Hehlern umgeben,

unsere politische Selbstständigkeit bewahren?

Hans Spitz, Köniz

Die EU wird an ihrem Euro zerbrechen – da braucht es starke Nationalstaaten mit einer national denkenden Partei – stärken wir deshalb die patriotischen Schweizer Demokraten!



Le secret du docteur Zaius

«Tout ce que je connais de l'Homme a été écrit depuis fort longtemps et par le plus grand singe du monde: notre législateur bien-aimé. Dans le 29^{ème} rouleau, verset 12, il est écrit: «Prends garde la bête humaine, car elle est dans la main du diable. Seul de tous les primates créés par Dieu, il tue par plaisir, concupiscence ou avidité. Oui, l'homme peut tuer son frère pour posséder la terre de son frère. Ne le laisse pas croître en nombre et se multiplier, car il transformera en désert son pays et le tien. Chasse-le! Renvoie-le dans sa tanière au cœur de la jungle! En vérité je te le dis, il est le fourrier de la mort!»

«J'ai toujours su comment était fait l'homme. Je le sais mieux que personne. Je pourrais vous en donner ma propre définition: sa sagesse va de pair avec sa folie. Ses sentiments dirigent toujours son cerveau. L'homme est une créature qui aime la guerre et qui se bat pour le seul plaisir de se battre. L'homme est un monstre. La zone interdite (USA) ressemblait autrefois à un paradis et la folie des hommes l'a transformée en un désert il y a près de deux mille ans.» Ainsi s'exprime le Dr Zaius, défenseur de la Foi (seul gardien du terrible secret), en guise de sévère admonition à la fin du film «La planète des singes».

Le même Zaius qui, pour leur éviter de semblables avatars, dissimule à ses congénères (gorilles et chimpanzés qui, désormais, au début du 4^{ème} millénaire de notre ère, savent parler et ont pris possession de la planète) la vérité sur l'existence des civilisations humaines qui les ont précédé et ont disparu à la suite d'une conflagration nucléaire... Civilisations dont ils se sont néanmoins inspirés puisqu'ils vénèrent un dieu unique, créateur de toutes choses, et d'abord des singes qui lui rendent grâce tout en chassant à cheval et au fusil les derniers spécimens humains redevenus muets et relégués à l'âge du paléolithique.

Tout cela, que d'aucuns qualifient de «dernier grotesque», pourrait s'apparenter à une mauvaise caricature du genre humain et de la religion chrétienne, apparaît de plus en plus plausible aujourd'hui (évolution simiesque accélérée mise à part).



La grande guerre apocalyptique est là! Toute proche! Au moment où de pseudo-révolutions arabes menacent de la déclencher (...) Et l'homme, cet animal mégalomane, ne la pressent même pas! Rien ne pourrait le perturber, le détourner de ses objectifs hédonistes, de son égocentrisme pathologique, de sa criminelle vénalité. Il continue obstinément sa descente aux enfers tout en demeurant bien euphorique. Aboulique, avachi devant des séries TV d'une indigence affligeante, il beugle avec les prédicateurs d'une morale imbécile qui, depuis deux siècles, prétend défendre ses droits alors qu'elle refuse aux meilleurs d'entre-eux jusqu'à la simple expression...!

Immergé dans la plus funeste déréliction de l'Histoire, il réussit le tour de force de s'extasier et de multiplier les panégyriques ineptes à la gloire d'une chanteuse US hystérique et décatie qui s'identifie depuis plus de 30 ans à la mère de Jésus qu'elle aarnaqué jusqu'au nom et qui, en 1987, déjà!, après avoir balance son string à la tête du futur président français et vendu 320 millions de disques se débat, pathétique, contre l'inexorable outrage des ans et de l'inacceptable décrépitude qu'il engendre.

Béat, il jubile – alors que le monde s'écroule – devant des spectacles d'une niaiserie sans nom où 22 ouistitis infatués courent éperdument après un ballon et dont les supporters totalement aliénés nous imposent leur hystérie collective nocturne après chaque rencontre, affectant d'ignorer le sévère apophtegme de Danton: «On n'enmène pas la Patrie à la selle de ses souliers.»

Etrange bestiole tout de même que ce bipède assoiffé de pouvoir, de jactances et de plaisirs: il ne peut s'empêcher, tout au long de sa catastrophique ascension, d'imaginer les antidotes les plus adaptés à tous ses excès pour, finalement, y renoncer au dernier moment et sauter à pieds joints au cœur de la

fournaise qu'il a lui-même déclenchée.

Désormais programmée, sa disparition inéluctable ne suscitera – et pour cause – aucune élégie, aucun commentaire! Basta! Quant à ses hypothétiques successeurs (simiesques ou autres), on ne peut que charitablement (adverbe sulfureux) leur conseiller de visionner (pour autant qu'une copie ait miraculeusement échappé au brasier) le film «La Planète des Singes» (1968), préalablement à toute nouvelle entreprise hasardeuse ou tentative conquérante sur les décombres fuligineux de cette planète maudite! Le Dr Zaius se fera un plaisir de les informer.

*Pierre-Maurice Vernay,
président du DS Vaud, Remaufens*

«Le monde a commencé sans l'homme et il finira sans lui.»

(Claude Lévi-Strauss, 1908–2009)

En direct de Berne

Les salariés suisses abandonnés par le PLR

Pour le MCG, il est impératif de lutter efficacement contre le dumping salarial et la concurrence déloyale sur le marché des entreprises européennes qui interviennent en qualité de sous-traitantes d'entreprises suisses, sans respecter les conventions collectives des différentes branches professionnelles. La majorité de la Commission de l'économie et des redevances du Conseil national avait proposé une mesure que le MCG soutient: introduire une solidarité des entreprises suisses aux côtés des entreprises européennes qui sous-traitent le travail.

La droite, aux côtés du conseiller fédéral Schneider-Amman, s'opposait à cette proposition, invoquant une difficulté administrative pour les entreprises.

Les partisans de cette modification ont expliqué avec conviction que seule cette manière de procéder garantirait l'efficacité des mesures d'accompagnement proposées, faute de quoi, l'entreprise suisse adju-

dicataire pourrait toujours se décharger sur le sous-traitant européen.

Durant les débats, les députés PLR, qui avaient soutenu ce projet, se sont abstenus de prendre la parole, pour finalement voter contre, et faisant ainsi basculer la majorité vers le NON.

Ce vote démontre que le PLR n'a aucune volonté politique de contrôler les conditions de travail des entreprises européennes intervenant sur le territoire suisse, considérant sans doute que plus bas est le salaire des travailleurs détachés, plus basse est la rémunération des entreprises sous-traitantes européennes, et plus grand est le bénéfice des entreprises suisses, aux dépens des travailleurs de notre pays. Ce vote doit être un sévère avertissement pour toutes celles et tous ceux qui croient encore en des mesures d'accompagnement efficaces à la libre circulation de la part du Conseil fédéral.

Mauro Poggia, conseiller national

Week-end bling-bling

Voyage luxueux de Maudet à Dublin

Le conseiller administratif PLR Pierre Maudet, après avoir passé un week-end de luxe à Dublin, est de retour aux affaires publiques ce lundi. Ces virées inutiles, destinées aux élus des communes genevoises, sont largement subventionnées par les TPG, les SIG et la BCG, organismes publics qui ont mieux à faire.

Ainsi, nous pouvons constater le manque de cohérence de ce conseiller administratif à l'égard de son Parti politique, le PLR, qui lui ne cesse de dénoncer les dépenses publiques. Nous déplorons que soit organisé ce séjour de luxe à Dublin, avec une charge de 2800 francs versés par les

contribuables municipaux pour chaque magistrat, sans compter le subventionnement massif des TPG, SIG et BCG, qui financent une partie du séjour, notamment les repas fastueux. Les magistrats des communes doivent-ils impérativement fuir notre canton?

Conseiller administratif MCG d'Onex, Eric Stauffer, a refusé de se faire financer ce voyage et il est resté proche des citoyens en allant dimanche dernier sur le marché d'Onex.

*Roger Golay, président du MCG
Carlos Medeiros, président de la section MCG Ville de Genève*

Election du 17 juin: résultats du scrutin suspendus

Le MCG demande que la lumière soit faite sur les irrégularités constatées

Suite à de graves irrégularités constatées lors de l'élection complémentaire du 17 juin, le MCG décide de faire toute la lumière sur ce scrutin.

Le 20 juin, le MCG a recouru dans le délai légal de 6 jours contre l'arrêté du Conseil d'Etat entérinant la victoire de Pierre Maudet à cette élection, et cela compte tenu d'informations concordantes qui ont été portées à sa connaissance, mettant un doute sérieux quant à la régularité des opérations électorales.

Ainsi, non seulement le dépouillement n'a pas été centralisé comme cela est exigé pour les élections, permettant aux membres de la commission électorale centrale de procéder aux contrôles requis, mais il apparaît que les bulletins de vote reçus par correspondance ont été envoyés aux divers locaux de vote le vendredi 15 juin déjà, sans que toutes les mesu-

res de sécurité visant à éviter des abus toujours possibles n'aient été prises.

A cela s'ajoute que les enveloppes distribuées aux électeurs étaient transparentes ne garantissant pas le secret du vote puisque le nom du candidat pouvait être lu aisément au travers.

Le 21 juin, la Chambre administrative de la Cour de justice a pris acte du recours qui a un effet suspensif de par la loi et a appelé en cause Pierre Maudet afin qu'il se détermine par écrit d'ici à lundi 25 juin. La démarche entreprise par le MCG trouvera le soutien de toutes celles et ceux pour qui l'expression des droits démocratiques doit se dérouler dans la transparence et dans le respect des lois.

*Roger Golay, président du MCG
Pascal Spuhler,
vice-président du MCG*

Non à la main basse sur le parking à Vernier

Le MCG vient de lancer un référendum pour garder l'emploi à Vernier

**Pour défendre les habitants, contre la main-mise de la Fondation des parkings sur les rues de Vernier!
Pour l'emploi des habitants de Vernier, contre l'engagement de frontaliers par la Fondation!
Contre le gaspillage de nos impôts!**

La section de Vernier du MCG vient de lancer un référendum pour s'opposer à la main-mise de la Fondation des parkings sur les zones bleues de la commune.

Nous allons gaspiller 300'000 francs dans cette opération chaque année, alors que la commune de Vernier peut très bien engager des chômeurs

de la commune pour faire ce travail. Nous ne voulons pas que des contractuels frontaliers aillent matraquer les automobilistes de la commune de Vernier.

Ce projet coûteux va exclure les demandeurs d'emplois qui habitent notre commune.

Nous voulons de l'emploi en priorité pour les habitants de la commune. C'est pourquoi nous invitons tous les électeurs habitant sur la commune de Vernier de signer notre référendum.

Thierry Cerutti, conseiller municipal, député et ancien maire

Merck Serono: le Conseil d'Etat doit taper du poing sur la table

Le SEGE – Syndicat de défense des employés genevois – qui vient d'élire un nouveau Secrétaire général, Daniel Sormanni, réclame davantage de fermeté de la part du Conseil d'Etat pour défendre les travailleurs.

Le SEGE, qui défend les travailleurs genevois, demande au pouvoir politique de prendre les mesures qui s'imposent.

Le constat:

– 1250 postes ont été supprimés par la multinationale, sans compter les emplois des sous-traitants eux aussi très nombreux.

– Les sociétés pharmaceutiques comme Merck Serono bénéficient de prix de ventes excessifs et de situations qui leur permettent d'engranger des milliards payés par les consommateurs et les contribuables (recherche financée par l'Etat, subventionnement de l'assurance maladie).

– Malgré ces cadeaux étatiques, les entreprises pharmaceutiques délocalisent brutalement, ce qui est également payé par les assurés de l'assurance-chômage et par les contribuables (effets sociaux)

– Le président de Merck Serono était également président de la Chambre de commerce et n'a pas immédiatement démissionné, ce qui pose de sérieuses questions.

– Le Gouvernement genevois n'a réagi que très tardivement et très mollement.

Le SEGE demande instamment au Conseil d'Etat genevois de taper du poing sur la table et de faire pression



sur la société multinationale avec toute l'énergie nécessaire, pour défendre les employés. En effet, il y a un nombre important de résidents genevois.

Le SEGE réclame également un plan d'action du Gouvernement en faveur des employés de Merck-Serono:

- Engagement des employés résidents genevois dans les postes vacants de l'Etat de Genève et à la Ville;
- Attribution de mandats publics aux sociétés sous-traitantes en particulier dans les services et l'informatique;
- Pression auprès de Merck Serono pour garder le maximum d'emplois possible à Genève.
- Remise en cause du soutien aux entreprises pharmaceutiques qui grèvent les finances publiques et sèment la pagaille sociale.

Voici notre constat et nos propositions. Le SEGE, syndicat qui défend les résidents genevois, vient d'élire un nouveau Secrétaire général en la personne de Daniel Sormanni, qui a une longue expérience syndicale. Membre de la FTMH pendant 20 ans, Daniel Sormanni en a été le président en 1979.

En une période difficile pour les travailleurs de notre canton, Daniel Sormanni va donner une impulsion au SEGE pour une meilleure défense et plus de solidarité. SEGE

Politique des transports mal coordonnée

Le MCG est favorable à une extension souterraine de la gare de Cornavin

Il n'a pas été dit aux électeurs que la construction du CEVA nécessite une augmentation des capacités ferroviaires. Dès lors, les habitants de Cornavin n'ont pas à subir les conséquences néfastes de la destruction d'un quartier populaire.

Notre gare centrale de Cornavin doit être étendue en raison des impératifs des transports en commun et du projet pharaonique du CEVA. Toutefois, cette extension doit respecter un quartier populaire comportant logements, commerces, établissements publics et artisans.

Le projet réalisé en surface impliquerait la démolition de 385 logements et la suppression de plusieurs centaines d'emplois, avec le déplacement d'un millier de personnes.

Si Genève et Berne ont pu faire adopter un projet centenaire comme le CEVA, quasi-totalement en sous-sol, pour 1 milliard et demi au minimum, il est impératif que la vie sociale et économique d'un quartier soit préservée.

Il aurait été plus correct d'annoncer aux électeurs genevois que le CEVA et le développement du transport ferroviaire nécessitaient un agrandissement de la gare de Cornavin.

Le MCG soutiendra dès lors les habitants qui se battent pour la survie d'un quartier qui est l'une des âmes de notre Ville.

*Eric Stauffer,
président du MCG*

Offizielles Organ der Schweizer Demokraten **SD** 

SD-Zentralsekretariat
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)
www.schweizer-demokraten.ch
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Redaktion
Schweizer Demokrat
Postfach 8116
3001 Bern

Redaktoren:
Adrian Pulver,
SD-Geschäftsführer, Bern (CR)
Rudolf Keller, e. Nationalrat/
e. Landrat, Frenkendorf
Dr. D. J. Najman, Grossrat, Baden
Valentin J. Oehen, e. Nationalrat,
Köniz



Stärken Sie die Schweizer Demokraten durch Ihre Mitgliedschaft!

Abonnement SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.-
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung
- Ex. SD-Zeitungen zum Verteilen

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Leserbriefe

Zahlende Befehlsempfänger? Nein danke!

In den vergangenen Jahren hat es sich beinahe zum Gewohnheitsrecht entwickelt, dass der Bundesrat eigenmächtig Staatsverträge mit oder ohne Konsultation des Parlamentes – mit ausländischen Staaten unterzeichnet. Der Bundesrat betrachtet seine Rolle – zwar unausgesprochen – aber dennoch als Auftrag, die Schweiz in kleinen Schritten und durch viele Einzelverträge europarechtskompatibel zu machen. Das Problem sind somit die vielen Einzelverträge, welche uns im Vorfeld einer allfälligen EU-Beitrittsabstimmung manipulieren sollen, trotz markantem Rechts- und Eigenständigkeitsverlust zuzustimmen. Dies ist aber eindeutig ein Rückfall ins Mittelalter und in monarchistische Zeiten, wo das Volk, die Bürgerinnen und Bürger, ausser Steuern und Abgaben zu bezahlen, zu nichts befragt wurden.

Deutschland: eine Pseudodemokratie!

In Deutschland urteilt das sogenannte Bundesverfassungsgericht, welches in seinen Entscheiden die Interessen der zentralistischen EU stärker gewichtet als jene des eigen-

nen deutschen Volkes. In der Schweiz gilt es, diesen sich auch bei uns anbahnenden Missstand zu unterbinden. Der mitte-links beherrschte National- und Ständerat versucht unaufhörlich die Volksrechte, das Initiativ- und Referendumsrecht, stark einzuschränken. Initiativen, welche nicht buchstabengetreu der Europäischen Menschenrechtskonvention entsprechen, sollen von Vorprüfinstanzen mit Warnhinweisen versehen werden. «Lästige» Referenden werden willkürlich für ungültig erklärt. Ein absolut NICHT stichhaltiges Argument der Gegner der unterdessen leider durch das Volk abgelehnten Staatsvertragsinitiative will weismachen, dass man «die armen Stimmbürger», welche sich durch «unbestrittene Staatsvertragsabstimmungen» überfordert fühlen, nicht belasten darf. Dies ist aber höchst gefährlich: Denn wer bestimmt, welcher Staatsvertrag wichtig ist? Tut dies das Parlament, so wird immerhin erreicht, dass eine breite Diskussion ermöglicht wird, andernfalls bestünde die Gefahr, dass unter dem Deckmantel der «Unbestrittenheit», eben doch

für uns und unser Land wesentliche Staatsabkommen, von nicht zu unterschätzender Tragweite, einfach stillschweigend und diskussionslos vom Bundesrat oder von irgendwelchen Staatssekretären unterschrieben werden. Durch Verzicht auf Abstimmungen könne viel Geld gespart werden, behaupteten die Gegner der Initiative. Dies ist lächerlich und ein veritabler Hohn gegenüber den Steuerzahlern! Die Schweiz zahlt Dutzende Milliarden Steuerfranken an den IWF (internationaler Währungsfonds) und an sonstige internationale Organisationen, wobei auch recht fragwürdige und zuweilen höchst zweifelhafte Hilfsfonds jeweils ohne Abstimmung unterstützt werden! Das muss sich ändern! Direkte Demokratie nach Schweizer Rezept soll und darf in unserem eigenen Land auch etwas kosten. Denn schweigen, zahlen und sich ärgern ist bloss etwas für Demokratiemüde. Obligatorische Referenden müssen ohne einseitige Behördenpropaganda wieder vermehrt möglich sein!

Marcus Stoercklé jun., Basel

Revision Raumplanungsgesetz

Auszonon auf dem Land, einzonon in der Agglomeration? Landschaftsinitiative aufrechterhalten!
In den meisten Kantonen sind die Bauzonen heute schon auf den voraussichtlichen Bedarf von 15 Jahren festgelegt. Nur im ländlichen Raum gibt es stellenweise noch überdimensionierte Bauzonen. Diese mit Hilfe der Mehrwertabgabe auf Neueinzonungen zu reduzieren, um in der Folge in den Agglomerationen neue Bauzonen

ausweisen zu können, ist in doppelter Hinsicht ein Fehler: 1. Es dürfen nicht Grundstückbesitzer für etwas entschädigt werden, wofür sie keine Leistung erbracht haben. 2. Der Grünraum ist in den Agglomerationen für die Naherholung und die Siedlungstrennung mindestens so wertvoll wie im ländlichen Raum. Unter dem Deckmantel verschiedener unverbindlicher Absichtserklärungen (Siedlungsentwicklung

nach innen, Nutzung von Brachflächen usw.) wird der Erweiterung der Bauzonen in den Agglomerationen nach fünf Jahren Übergangsfrist der Boden geebnet. Eine Mogelpackung erster Güte! Das Bauland in der Schweiz muss teurer werden; nur so stoppen wir den Kulturlandverlust erfolgreich. Die Landschaftsinitiative ist dazu das richtige Instrument.

Alex Schneider, Küttigen

Dringender Aufruf betreffend Tierseuchengesetz

Man hört und liest praktisch nichts über das Referendum gegen die Änderung des Tierseuchengesetzes (kurz TSG). Es geht darin um eine weitere Entmündigung der Tierhalter, indem sie zum Beispiel gezwungen werden können, ihre Tiere impfen zu lassen. Dieses Szenario hatten wir ja bereits bei der Blauzungenkrankheit gesehen. Dort gab es etliche Bauern, die nicht einverstanden waren, dass ihre Tiere geimpft werden, weil die Impfstoffe Giftstoffe enthalten, welche schwerwiegende Nebenwirkungen hervorrufen können. So gab es unter anderem bei den

geimpften Kühen ausserordentlich viele Fehlgeburten. Bestraft wurden jedoch nicht diejenigen, welche die Impfschäden verursachten, sondern diejenigen Bauern, die sich gegen die Impfung entschieden hatten, nur weil sie wagten, sich dem staatlichen Diktat zu widersetzen. Damit dies möglichst nicht wieder vorkommt, sollen die Strafen für Nichtimpfer erhöht und die Einsprachemöglichkeiten reduziert werden. Darum bin ich entschieden gegen dieses bevormundende Gesetz und habe das Referendum unterschrieben. So bitte ich alle freiheitslie-

benden Bürger das Referendum gegen das neue TSG auch zu unterschreiben!
Schlusswort: Vielleicht denken Sie jetzt: «Was geht mich das an, ich habe ja keine Tiere.» Doch wenn Sie irgendein tierisches Produkt verspeisen, werden Sie auch in den «Genuss» von Impfinhaltsstoffen und Medikamenten kommen. Auf irgendeine Art und Weise sind wir doch alle betroffen, da all diese Giftstoffe in den natürlichen Kreislauf gelangen. Referendumsbögen unter www.tsg-referendum.ch.

Martin Bracher, Büsserach

Eidgenössische Volksinitiative «Für eine Stabilisierung der Gesamtbevölkerung»

Es wird eng in der Schweiz!

- ➡ Jeden Tag wird in der Schweiz die Fläche von über 15 Fussballfeldern wertvollen Kulturlandes verbaut...
- ➡ Im Verlaufe der letzten 10 Jahre hat die Bevölkerung explosionsartig um 500'000 Menschen zugenommen...
- ➡ Heute leben schon über 7,8 Millionen Menschen in der Schweiz...
- ➡ Überfüllte Züge, verstopfte Strassen, Wohnungsnot, steigender Energieverbrauch, übermässige Umweltbelastung und Zersiedelung der Landschaft sind Folgen der Übervölkerung...
- ➡ Mit Ihrer Unterschrift helfen Sie mit, diese verhängnisvolle Entwicklung zu stoppen!

Eidgenössische Volksinitiative „Für eine Stabilisierung der Gesamtbevölkerung“

Im Bundesblatt veröffentlicht am 26. Juli 2011. Die unterzeichneten Schweizer Bürgerinnen und Bürger stellen hiermit, gestützt auf Art. 34, 136, 139 und 194 der Bundesverfassung und nach dem Bundesgesetz vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte, Art. 68ff, folgendes Begehren:

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 73a (neu) Stabilisierung der Gesamtbevölkerung

¹ Der Bund trifft Massnahmen gegen die Übervölkerung der Schweiz.

² Er sorgt dafür, dass die Zuwanderung die Abwanderung nicht übersteigt. Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer sind von dieser Beschränkung ausgenommen.

Auf dieser Liste können nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind. Bürgerinnen und Bürger, die das Begehren unterstützen, mögen es **handschriftlich** unterzeichnen. Wer bei einer Unterschriftensammlung besticht oder sich bestechen lässt oder wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für eine Volksinitiative fälscht, macht sich **strafbar** nach Art. 281 beziehungsweise nach Art. 282 des Strafgesetzbuches.

Kanton _____		PLZ _____	Politische Gemeinde _____		Kontrolle (leer lassen)
Nr.	Name, Vorname (handschriftlich und möglichst in Blockschrift)	Geburtsdatum (Tag Monat Jahr)	Wohnadresse (Strasse und Hausnummer)	Unterschrift (eigenhändig)	
1					
2					
3					
4					
5					

Das Initiativkomitee, bestehend aus nachstehenden Urheberinnen und Urhebern, ist berechtigt, diese Initiative mit absoluter Mehrheit seiner stimmberechtigten Mitglieder zurückzuziehen:
Patrick Blöchliger, Gemeinderat, Schwanderholzstr. 161, 8052 Zürich; **Dr. -Ing. Michel Dupont**, chemin de la Clergère 29, 1009 Pully; **Lonny Flückiger-Lehmann**, rue du Stand 14, 2053 Cernier; **Bernhard Hess**, e. Nationalrat, Normannenstr. 45, 3018 Bern; **Rudolf Keller**, e. Nationalrat, Adlerfeldstr. 29, 4402 Frenkendorf; **Ruth Krähenbühl-Gerber**, Mittlere Haltenstr. 10, 3625 Helligenschwend; **René Kunz**, Grossrat, Breitestr. 14, 5734 Reinach AG; **Robert Meyer**, Stadtrat, Untermattweg 66, 3027 Bern; **Dr. Ing. -chem. ETH Dragan Najman**, Grossrat, Mellingerstr. 176, 5400 Baden; **Dipl. Ing. agr. ETH Valentin Oehen**, e. Nationalrat, Köniztalstr. 12, 3098 Köniz; **Ile. iur. Christoph Spiess**, Gemeinderat, Mühlezeigstr. 42, 8047 Zürich; **Roland Uhler**, e. Gemeinderat, Paul-Brandl-Str. 48, 9000 St. Gallen; **Lidwina Wiederkehr-Müller**, e. Gemeindeammann, Baldingerstr. 4, 5332 Rekingen AG; **Silvio Zannin**, Langgasse 69, 9008 St. Gallen.

Ablauf der Sammelfrist: 26. Januar 2013 Die unten stehende Stimmrechtsbescheinigung wird durch das Initiativkomitee eingeholt.

Die unterzeichnende Amtsperson bescheinigt hiermit, dass obenstehende _____ (Anzahl) Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Volksinitiative in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben.

Die zur Bescheinigung zuständige Amtsperson (eigenhändige Unterschrift und amtliche Eigenschaft)		Amtsstempel
Ort	Datum	
Eigenhändige Unterschrift	Amtliche Eigenschaft	

Die Liste ist vollständig oder teilweise ausgefüllt zurückzusenden an das Initiativkomitee «Für eine Stabilisierung der Gesamtbevölkerung»:
 Postfach 18, 5332 Rekingen AG www.stabilisierungs-initiative.ch